

<b>I. WER WIR SIND:</b> .....	<b>7</b>
Die größte Politische Jugendbewegung der Steiermark! .....	7
Die Interessensvertretung für die Jugend! .....	7
Die Jungen Schwarzen! .....	7
Der Jugendverein, der Politik und Spaß verbindet!.....	7
<b>II. WAS WIR SIND:</b> .....	<b>8</b>
Jung! .....	8
Zukunftsorientiert!.....	8
Kritisch und Lösungsorientiert!.....	8
Liberal uns Selbstbestimmt! .....	8
Leistungsorientiert! .....	9
Sozial statt sozialistisch!.....	9
<b>III. WOFÜR WIR STEHEN/WAS WIR FORDERN.....</b>	<b>10</b>
<b>1. Starke Demokratie .....</b>	<b>10</b>
<b>Wofür wir stehen:</b> .....	10
Sicherung der Grundrechte jedes Menschen.....	10
Freie und ungehinderte Entfaltung des einzelnen in einer offenen Gesellschaft.....	10
Schutz von Bürgerinnen und Bürgern vor inneren und äußeren Gefahren.....	10
Schutz von Schwachen und Minderheiten .....	11
Wahrung der Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte.....	11
Starke Demokratie durch (Jugend)Beteiligung.....	11
<b>Was wir fordern:</b> .....	11
Die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen .....	11
Die Einführung der Briefwahl, die Vorbereitung zur Einführung von e-voting, sowie die Einführung eines verpflichtenden Vorwahltages bei allen Wahlen .....	12
Die Stärkung des Vereinswesens als kleinste demokratische Zelle des Rechtsstaates, die sowie Aufwertung des Prinzips der Ehrenamtlichkeit.....	12
Die freiwillige Begrenzung der Amtsdauer von Mandataren auf maximal 3 aufeinander folgende Funktionsperioden. ....	12
Abschaffung des Proporz auf Landesebene zur Verbesserung der Transparenz und Flexibilität der Landesregierungen .....	12
<b>2. Wirtschaft schafft Arbeit und Wohlstand für alle! .....</b>	<b>14</b>
<b>Wofür wir stehen:</b> .....	14
Die Rolle des Staates in der Wirtschaft.....	14
Prinzip der Sozialen Gerechtigkeit .....	14
Partnerschaftliche Lösung von Konflikten .....	14
Schonender Umgang mit unserer Umwelt.....	15
JA zur Globalisierung!.....	15
JA zur Regionalwirtschaft! .....	15
Solider Staatshaushalt als Basis für den wirtschaftlichen Erfolg.....	15
Arbeit schafft Wohlstand!.....	16

<b>Was wir fordern:</b> .....	16
Abflachung der Lebensverdienstkurve .....	16
Förderung von flexiblen Arbeits- und Beschäftigungsformen.....	16
Eine leistungsfähige Arbeitsvermittlung.....	16
Gemeinnützige Arbeit für Langzeitarbeitslose.....	17
 <b>Aus-/Weiterbildung:</b> .....	17
Nachhaltige Qualitätsverbesserungen des österreichischen Bildungssystems .....	17
Eine weitere Individualisierung unseres Bildungssystems.....	17
Die verpflichtende Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler ab der 7. Schulstufe	17
 <b>Lehrlinge:</b> .....	17
Die Verbesserung und weitere Modularisierung der Lehrlingsausbildung .....	17
Verbesserung der pädagogischen Aus- und Weiterbildung der Ausbilder in den Betrieben.	18
Verbesserung der Kommunikation zwischen Betrieben und Berufsschulen.....	18
Die Schaffung von weiteren Anreizen zur Aufnahme und Ausbildung von Lehrlingen durch österreichische Unternehmen.....	18
Die weitere Verbesserung des Ansehens der Lehre und der Facharbeit bei Schülern und Eltern.....	18
 <b>Höhere Schulen und Arbeitsmarkt</b> .....	18
Berufsorientierung .....	18
Schule und Wirtschaft.....	18
 <b>Studierende und Arbeitsmarkt</b> .....	19
Verstärkte Praxisorientierung in allen Studienrichtungen.....	19
 <b>Jungunternehmer</b> .....	19
Zinsfreie Kredite für Start-Ups .....	19
Förderung bei Schaffung von Arbeitsplätzen .....	19
Finanzberatung für Jungunternehmen .....	20
Soziale Absicherung von Jungunternehmern.....	20
 <b>Atypische Beschäftigungsverhältnisse</b> .....	20
Einfacheres Arbeitsrecht für alle Beschäftigungsformen.....	20
Bessere Information und Beratung.....	20
 <b>3. Umweltschonende und nachhaltige Energiepolitik</b> .....	20
<b>Wofür wir stehen:</b> .....	21
<b>Was wir fordern:</b> .....	21
Forschungsschwerpunkt Erneuerbare Energie .....	21
Förderung erneuerbarer Energien.....	21
Weitestgehende Umstellung der Energieversorgung im Öffentlichen Sektor auf erneuerbare Energien .....	21
Besteuerung fossiler Brennstoffe .....	21
Förderung des sparsamen Energieeinsatzes.....	21
Bestrafung von Energiesündern .....	21
 <b>4. Mobilität und Verkehr</b> .....	23
<b>Wofür wir stehen:</b> .....	23
<b>Was wir fordern</b> .....	23
Vierspurige Anbindung an jeden Steirischen Bezirk .....	23
Eine verbesserte Förderung von Individuallösungen im öffentlichen Verkehr .....	23
Verbesserte Ermäßigungen für Jugendliche im Verkehrsverbund.....	24
Billigere Führerscheine .....	24
Bekämpfung von Alkohol am Steuer .....	24
Regelmäßige Überprüfung der Fahrtauglichkeit .....	24

<b>5. Land- und Forstwirtschaft .....</b>	<b>25</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>25</b>
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>25</b>
Konsequente Umsetzung des Grünen Paktes bis 2013 und Sicherstellung der CO-	
Finanzierung der EU-Fördermittel bis 2013.....	25
Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für die hauptberuflich am Hof mitarbeitenden	
Jungbauern (und -bäuerinnen) durch die öffentliche Hand. ....	25
Die JVP Steiermark steht voll hinter der Initiative der Geschmack der Heimat Sicherung von	
Regionalität und Frische. ....	26
Sicherstellung der Beratungsleistung und Unterstützung der Jugendarbeit (z.B. der	
Landjugend) durch die Landwirtschaftskammer.....	26
Erhaltung und Stärkung des landwirtschaftlichen Schulwesens zur Sicherstellung einer	
qualifizierten Ausbildung der ländlichen Bevölkerung. ....	26
Vermehrter Einsatz von heimischem Holz im Bauwesen.....	27
<b>6. Eine offene Gesellschaft gleichberechtigter PartnerInnen!.....</b>	<b>27</b>
<b>Frauen und Männer .....</b>	<b>27</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>27</b>
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>28</b>
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit .....	28
AMS (Weiterbildungs-)Förderungen für Teilzeitbeschäftigte.....	28
Steuerliche Anreize für Unternehmer bei der Anstellung von Wiedereinsteigerinnen .....	28
Adäquate Vertretung von Frauen in der Politik .....	28
<b>Familie und Partnerschaft .....</b>	<b>29</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>29</b>
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>29</b>
Verbessertes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen.....	30
Unterstützung für Betriebskindergärten.....	30
Verbesserung des Angebotes zur individuellen Kinderbetreuung (Tagesmütter).....	30
Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.....	30
Flexiblere Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf .....	30
Familiengerechtere Wohnbauplanung.....	30
Wohnstarthilfe für Jungbürger .....	31
Verbesserung der rechtlichen Situation von Lebensgemeinschaften .....	31
<b>Kinder und Jugendliche.....</b>	<b>32</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>32</b>
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>32</b>
Jugend-Verträglichkeitsprüfung (JVP).....	32
Vermehrte Förderung der Jugendarbeit .....	32
Förderung der Jugendkulturszene:.....	32
Aufnahme der Kinder- und Jugendrechte in die Steirische Landesverfassung .....	33
<b>Lebensqualität im Alter .....</b>	<b>33</b>
<b>Wofür wir stehen.....</b>	<b>33</b>
Pflege:.....	33
<b>Was wir fordern.....</b>	<b>33</b>
Reform des Pflegesystems.....	34

<b>Menschen mit Behinderung .....</b>	<b>35</b>
<b>Wofür wir stehen.....</b>	<b>35</b>
<b>Was wir fordern.....</b>	<b>35</b>
<b>Ausländische Mitbürger und Gäste .....</b>	<b>35</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>35</b>
Asyl .....	35
Zuwanderung .....	35
Integration .....	36
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>36</b>
Kontrollierte Einbürgerung .....	36
Europäische Asylpolitik.....	36
Bessere Verteilung von Asylwerbern.....	36
Abschiebung von straffälligen Asylwerbern.....	37
<b>7. Soziale Sicherheit für alle!.....</b>	<b>37</b>
<b>Soziale Gerechtigkeit leben! .....</b>	<b>37</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>37</b>
Gerechtes und funktionierendes Sozialsystem .....	37
Neuer Generationenvertrag.....	38
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>38</b>
Verstärkte Konzentration auf das 3-Säulen-Modell.....	38
<b>Leistungsfähiges Gesundheitssystem für alle! .....</b>	<b>39</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>39</b>
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>40</b>
Verstärkung des Vorsorge und Präventionsprinzips .....	40
Schaffung eines Biotechnologie und Medizinclusters .....	40
Aufrechterhaltung der Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems.....	40
<b>Sucht muss bekämpft werden! .....</b>	<b>41</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>41</b>
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>41</b>
Suchtprävention an Schulen.....	41
Bewerbung von Beratungsstellen.....	41
Zweckgebundene Abgaben .....	42
Strengere Überwachung geltender Schutzbestimmungen.....	42

<b>8. Die beste Bildung für alle!</b> .....	<b>43</b>
<b>Lebensraum Schule</b> .....	<b>43</b>
<b>Wofür wir stehen:</b> .....	<b>43</b>
Vorschulische Einrichtungen .....	44
Schulen .....	44
Lehrer.....	44
Schulentwicklung .....	44
Lernende Organisationen .....	45
<b>Was wir fordern:</b> .....	<b>45</b>
Individueller Leistungsbericht .....	45
Neue Unterrichtsmethoden.....	45
Schule und Wirtschaft.....	45
Lernzielvereinbarung .....	46
Geschlechtersensibilisierung .....	46
Schulpsychologe.....	46
Deutsch- Kurse .....	46
Nachhaltig Lernen.....	46
Schülersprechtage.....	47
Stärkung der Schulpartnerschaft .....	47
Verhaltensvereinbarungen .....	47
Direktoren .....	47
Schulprofil .....	47
Lehrerausbildung .....	48
Verpflichtende Lehrerfortbildung .....	48
Bewerbung.....	48
Karriere für Lehrer .....	48
Lehrerfeedback.....	49
AHS- Kurssystem .....	49
Handelsschule (HAS) .....	49
Nachmittagsbetreuung.....	49
Förderung von Schülerzeitungen .....	50
<b>Universitäten und Fachhochschulen</b> .....	<b>50</b>
<b>Wofür wir stehen:</b> .....	<b>50</b>
Fachhochschulen.....	50
Universitäten .....	50
Entwicklung von Universitäten und Fachhochschulen .....	51
<b>Was wir fordern:</b> .....	<b>51</b>
Transparenz bei Studienbeiträgen. ....	51
Garantie. ....	51
Gerechtes Gehaltsschema. ....	51
Praxisnähe .....	52
Leistungsvereinbarungen. ....	52
Universitätszugang .....	53
Bildungskonto für alle Jugendlichen.....	53
<b>Verbessertes Service für Studierende</b> .....	<b>53</b>
Mitsprache der Studierenden. ....	53
Schlichtungsstelle für Studierende. ....	53
Teilzeitstudium.....	53
Service für Berufstätige. ....	54
Studieren im Sommer.....	54
Fernuniversitäten .....	54
<b>Internationale Ausrichtung</b> .....	<b>54</b>
Internationale Anerkennung .....	54
Transparenz.....	54
Europäischer Hochschulraum. ....	54

<b>Kollegs und Universitätslehrgänge .....</b>	<b>55</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>55</b>
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>55</b>
<b>Weiterbildung als lebensbegleitender Lernprozess .....</b>	<b>55</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>55</b>
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>55</b>
Weiterbildungskonto für alle .....	55
<b>9. Ein starkes Europa mit österreichischem Herz! .....</b>	<b>56</b>
<b>Wofür wir stehen:.....</b>	<b>56</b>
Die Rolle Europas.....	56
Identifikation mit Europa .....	56
Österreichs Rolle in Europa.....	57
<b>Was wir fordern:.....</b>	<b>57</b>
Europa der Jugend .....	57
Frieden und Sicherheit in Europa .....	57
Europaweite Nachhaltigkeit .....	57
Europaweite Bildungschancen .....	57
Sprachliche Barrieren abbauen .....	58
Neue Spesenregelungen für Abgeordnete .....	58

# **I. Wer wir sind:**

## **Die größte Politische Jugendbewegung der Steiermark!**

Die Junge Volkspartei Steiermark ist mit über 12000 Mitgliedern in 17 Bezirken und 400 Gemeinden die größte politische Jugendbewegung der Steiermark.

Als einzige politische Jugendorganisation sind wir in der gesamten Steiermark aktiv für die Jugend im Einsatz!

## **Die Interessensvertretung für die Jugend!**

Als Interessensvertretung für Jugendliche im Alter von 15 bis 30 Jahren sind wir für alle jungen Menschen in der Steiermark offen.

In unserer Gemeinschaft sind Schüler, Lehrlinge, Studierende, Junge Arbeitnehmer, Junglandwirte und Jungunternehmer aktiv.

## **Die Jungen Schwarzen!**

Als Teil der Steirischen Volkspartei sind wir eine Organisation mit christlich sozialen und liberalen Wurzeln.

Freiheit, Demokratie und Soziale Gerechtigkeit sind unsere wichtigsten Grundsätze, die unser politisches Denken und Handeln bestimmen.

## **Der Jugendverein, der Politik und Spaß verbindet!**

Als gemeinnütziger Verein beruht unsere Arbeit auf der ehrenamtlichen Tätigkeit unserer 1200 Funktionäre. Daher steht bei uns der Spaß genauso im Mittelpunkt wie unser Interesse, unser Lebensumfeld und unsere Zukunft aktiv mit zu gestalten.

Politik ohne Spaß gibt's bei uns nicht!

## **II. Was wir sind:**

### **Jung!**

Die Mitglieder der Jungen Volkspartei Steiermark sind zwischen 15 und 30 Jahre alt. Wir sind keine „Berufsjugendlichen“ die über die Jugend reden, sondern bei uns entscheidet die Jugend selbst, was für unsere Generation wichtig und richtig ist!

### **Zukunftsorientiert!**

Politische Entscheidungen reichen zwangsläufig in unsere Zukunft hinein. Keine Generation ist mehr von diesen Entscheidungen und Entwicklungen betroffen als die unsere. Aus diesem Grund arbeiten wir für die verstärkte Mitbestimmung von Jugendlichen bei allen politischen Entscheidungen auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- und Europaebene. Wir wollen sicherstellen, dass politische Entscheidungen nachhaltig und langfristig verträglich getroffen werden, um die Chancen zukünftiger Generationen auf eine sichere Zukunft zu erhalten und zu verbessern. Die Zukunft ist die Kernkompetenz unserer Generation!

### **Kritisch und Lösungsorientiert!**

Als junge Generation sehen wir es als unser Recht und unsere Pflicht an, auch Kritik zu üben und Missstände aufzuzeigen! Zur Kritik gehört für uns aber auch das Bestreben, Veränderungen und Verbesserungen herbeizuführen. Nur Kritik zu üben, ist uns zuwenig! Daher arbeiten wir dafür, Missstände und Mängel nicht nur aufzuzeigen, sondern auch Lösungen zu finden und diese umzusetzen.

### **Liberal uns Selbstbestimmt!**

Die Freiheit des einzelnen ist für uns das wichtigste Fundament unserer Gesellschaft. Freiheit bedeutet für uns vor allem Selbstbestimmung. Eine der wichtigsten Aufgaben der Politik ist es, diese Freiheit zu schützen. Aus diesem Grund treten wir gegen jede staatliche Bevormundung und für einen starken Rechtsstaat ein.

Zur Selbstbestimmung gehört auch die Selbstverantwortung! Nur wer bereit ist, für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen, kann auch das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung in Anspruch nehmen. Daher treten wir für eine Stärkung, sowohl der Selbstbestimmung, als auch der Selbstverantwortung in unserer Gesellschaft ein.

### **Leistungsorientiert!**

Die Leistung eines Menschen ist Teil seiner persönlichen Entfaltung. Leistung bedeutet für uns die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen, Dinge zu gestalten und zu verändern. Sie ist auch die Basis dafür, Herausforderungen zu bewältigen und gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen und sicherzustellen.

Daher treten wir dafür ein, dass Leistung gefordert, gefördert und auch belohnt wird. Die Würde und Wertigkeit eines Menschen muss dabei jedoch von seiner Leistungsfähigkeit unberührt bleiben. Niemand darf zu Leistungen gezwungen werden, die seine Kräfte oder Möglichkeiten übersteigen. Wer zur Leistung nicht oder nicht mehr befähigt ist, hat im Sinne der Sozialen Gerechtigkeit Anspruch auf Hilfe und Unterstützung! Entscheidend ist für uns die Bereitschaft, Leistung zu erbringen und damit seinen Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit zu leisten.

### **Sozial statt sozialistisch!**

Wir bekennen uns zur Sozialen Gerechtigkeit nach den christlich sozialen Grundsätzen! Wir treten dafür ein, dass es in unserer Gesellschaft einen sozialen Ausgleich gibt. So wie jede Einzelperson Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernehmen muss, trägt auch die Gemeinschaft Verantwortung für jeden einzelnen. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass jedes Mitglied unserer Gesellschaft von der Gemeinschaft unterstützt wird, wenn er diese Unterstützung braucht. Dabei soll jedes Mitglied unserer Gesellschaft in der Form und in dem Ausmaß unterstützt werden, die er benötigt. Jedem das Seine, statt jedem das Gleiche!

# III. Wofür wir stehen/Was wir fordern

## 1. Starke Demokratie

### Wofür wir stehen:

Unser demokratischer Rechtsstaat ist die wichtigste Errungenschaft, die Österreich vorzuweisen hat.

Die Junge ÖVP Steiermark bekennt sich als Teil dieses Rechtsstaates zu dessen Prinzipien und Grundsätzen und sieht es als eine unserer wichtigsten Aufgaben diese zu leben, zu bewahren und zu verteidigen:

### Sicherung der Grundrechte jedes Menschen

Wir sprechen uns für die Sicherung und Verteidigung der Grundrechte jedes Menschen aus.

### Freie und ungehinderte Entfaltung des einzelnen in einer offenen Gesellschaft

Das Recht auf die Möglichkeit der freien und selbstbestimmten Entfaltung schließt die Verantwortung mit ein, keine anderen Mitglieder unserer Gemeinschaft in ihrer Freiheit oder in ihren Grundrechten zu beschneiden.

Um eine freie Entfaltung gewährleisten zu können darf es keine Bevormundung und Entmündigung durch den Staat geben. Vielmehr sind die Stärkung der Selbstverantwortung des einzelnen, sowie Schaffung von Leistungsanreizen zu forcieren und zu unterstützen.

### Schutz von Bürgerinnen und Bürgern vor inneren und äußeren Gefahren

Der Schutz seiner Bürger durch einen starken und verlässlichen Rechtsstaat ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Trotz eines starken Rechtsstaats darf es keine staatliche Allmacht in der Gerichtsbarkeit geben. Daher braucht eine starke Demokratie eine strikte Gewaltenteilung und eine unabhängige und faire Gerichtsbarkeit, deren Handeln transparent und für jeden Bürger nachvollziehbar ist.. Bekämpfung von Kriminalität, vor allem zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, ist der Jungen Volkspartei ein besonderes Anliegen. Wir sprechen uns daher für die strikte Verfolgung und harte Strafen gegen jene aus, die Kindern und Jugendlichen psychische oder physische Gewalt antun. Ein bundesweit einheitliches Jugendschutzgesetz ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Die Junge Volkspartei bekennt sich zu einer umfassenden (militärischen und zivilen) Landesverteidigung, die unsere Gemeinschaft vor äußeren Gefahren schützt. Dies schließt auch die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht mit Wehr- und Zivildienst ein. Bei der Gestaltung des Wehr- und Zivildienstes ist es uns ein besonderes Anliegen, die persönliche Entwicklung und die beruflichen Chancen der Jugend durch die Absolvierung eines Dienstes zu verbessern und nicht zu behindern. Beide Dienste sollen für junge Menschen eine wichtige und bereichernde Lebenserfahrung sein. Im Sinne der Gleichberechtigung befürworten wir die Öffnung von Wehr- und Zivildienst auch für Frauen.

## Schutz von Schwachen und Minderheiten

Die Würde eines Menschen ist unantastbar.

Der Staat hat deshalb als ausgleichende Kraft auch die Aufgabe, Gruppen die selbst nicht in der Lage sind, sich selbst ausreichend zu schützen oder sich Gehör zu verschaffen, unter seinen besonderen Schutz zu stellen. Aus diesem Grund sprechen wir uns für starke Minderheitenrechte und den besonderen Schutz für Menschen mit Behinderung oder Benachteiligung aus.

## Wahrung der Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte

Eine freie und offene Gesellschaft, wie wir sie anstreben, bedingt die Existenz von zahlreichen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen innerhalb unserer Gemeinschaft. Die Vertretung der Interessen dieser Gruppen ist Aufgabe von politischen Parteien und Interessensvertretungsorganisationen. Aus diesem Grund bekennen wir uns zum politischen Parteiensystem, zur parlamentarischen Demokratie und zur Förderung verschiedener Interessensvertretungen, die die Aufgabe haben, Konflikte friedlich und partnerschaftlich zum Wohle aller zu lösen.

## Starke Demokratie durch (Jugend)Beteiligung

Bei der Umsetzung dieser Prinzipien und Grundsätze ist der demokratische Staat auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Für die Junge Volkspartei Steiermark ist es deshalb besonders wichtig, dass sich junge Menschen auf allen Ebenen (Gemeinde-, Landes-, Bundes- und Europaebene) aktiv am politischen Entscheidungsprozess beteiligen und dass diese Beteiligung von der öffentlichen Hand massiv gefördert wird.

## Was wir fordern:

### Die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen

Die erfolgreiche Reform des Wahlrechts für die Gemeinderatswahlen hat gezeigt, dass Jugendliche ab 16, mit den entsprechenden Begleitmaßnahmen, ohne Probleme in der Lage sind, selbst über die sie betreffende politische Zukunft zu entscheiden. Demnach gibt es keinen Grund, die Reform des Wahlrechts nicht auf Landes- und Bundesebene auszuweiten und das aktive Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Vielmehr ist es aufgrund der demografischen Entwicklung notwendig, Jugendlichen mehr Mitsprachemöglichkeiten bei den politischen Entscheidungsprozessen einzuräumen.

Zur verbesserten Vorbereitung Jugendlicher auf ihre aktive Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess treten wir für die Einführung folgender Begleitmaßnahmen ein:

- Verpflichtende politische Bildung/Gemeindekunde ab der 7. Schulstufe, wobei diese praxisorientiert und nicht als klassischer (Frontal-)Unterricht zu gestalten ist.
- Die Einführung verpflichtender Jugendbeteiligungsmodelle auf allen politischen Ebenen.

- Ausreichende Vertretung von Jugendlichen durch die Reihung von Mitgliedern der Jungen Volkspartei an sicherer Stelle auf den Kandidatenlisten für Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen.
- Überlegungen über weitere Reformen des Wahlrechts, die die demografischen Veränderungen innerhalb unserer Gesellschaft berücksichtigen und die Mitsprachemöglichkeit von Kindern und Jugendlichen beim politischen Gestaltungsprozess verstärken (Kinder- und Jugendwahlrecht).

#### Die Einführung der Briefwahl, die Vorbereitung zur Einführung von e-voting, sowie die Einführung eines verpflichtenden Vorwahltages bei allen Wahlen

Die Wahlbeteiligung bei allen Wahlgängen der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stetig rückläufig ist. Neben der viel zitierten Politikverdrossenheit ist das derzeit nicht sehr „kundenfreundliche“ Wahlrecht die Hauptursache für die rückläufige Wahlbeteiligung. Wir treten deshalb dafür ein, die Möglichkeiten zur Partizipation am politischen Gestaltungsprozess durch die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zu erweitern und zu verbessern und den Bedürfnissen der Wählerinnen und Wähler anzupassen.

#### Die Stärkung des Vereinswesens als kleinste demokratische Zelle des Rechtsstaates, die sowie Aufwertung des Prinzips der Ehrenamtlichkeit.

Vereine sind für viele junge Menschen der erste direkte Kontakt mit demokratisch gewählten Systemen. Sie leisten deshalb einen wesentlichen Beitrag zur politischen Erziehung Jugendlicher. Darüber hinaus fördern Vereine das selbstständige Engagement Jugendlicher, deren Selbstverantwortung und die aktive Bürgerbeteiligung. Dieses **Engagement muss deshalb von Seiten der öffentlichen Hand vermehrt gefördert werden, sowie in unserer Gesellschaft verstärkt Anerkennung** finden. Deshalb fordern wir eine **Aufstockung** der vom Staat bereitgestellten **finanziellen Mittel für Vereine**, sowie die **verstärkte Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten am Arbeitsmarkt** durch ein „**Vereinszertifikat**“ für in Vereinen ehrenamtlich tätige Funktionäre und Mitarbeiter.

#### Die freiwillige Begrenzung der Amtsdauer von Mandataren auf maximal 3 aufeinander folgende Funktionsperioden.

Lebendige Politik lebt auch von personeller Erneuerung! Der regelmäßige Wechsel der in der Politik tätigen Mandatare ist für uns eine Grundvoraussetzung dafür, dass alle Gruppen innerhalb unserer Gesellschaft auch in politischen Vertretungsorganen ausreichend vertreten sind und dass die ständigen Veränderungen innerhalb unserer Gesellschaft auch Eingang in den politischen Entscheidungsprozess finden. Eine Begrenzung der Amtsdauer von Mandataren auf maximal 3 aufeinander folgende Funktionsperioden würde einer drohenden Überalterung unserer demokratischen Vertretungsorgane vorbeugen, sowie sicherstellen, dass Mandatare den Praxisbezug zu ihrer politischen Tätigkeit nicht verlieren.

#### Abschaffung des Proporzsystemes auf Landesebene zur Verbesserung der Transparenz und Flexibilität der Landesregierungen

Das Proporzsystem schränkt die Flexibilität der im Landtag/Gemeinderat vertretenen Parteien bei der Interessensvertretung, politischen Gestaltung und Regierung ein.

Darüber hinaus sind Proporzregierungen für die Wählerinnen und Wähler in ihrer Arbeit weitaus weniger transparent als Allein- und Koalitionsregierungen. Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung des Proporzsystems auf Landes- und Gemeindeebene, sowie mehr Transparenz bei der politischen Arbeit.

## **2. Wirtschaft schafft Arbeit und Wohlstand für alle!**

### **Wofür wir stehen:**

Als junge Volkspartei bekennen wir uns zur Ökosozialen Marktwirtschaft als dem wirtschaftlichen System, das den Leistungswillen des einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und einem schonenden Umgang mit der Umwelt am besten verbindet.

Die ökosoziale Marktwirtschaft wird durch die Prinzipien der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl, der freien Konsumwahl, des freien Wettbewerbs, der sozialen Gerechtigkeit, sowie der Nachhaltigkeit des Handelns bestimmt.

### **Die Rolle des Staates in der Wirtschaft**

Die Rolle des Staates soll sich im System der ökosozialen Marktwirtschaft darauf beschränken, die entsprechenden gesetzlichen und strukturellen Rahmenbedingungen und Anreize dafür zu schaffen, diese Prinzipien zu verwirklichen.

Aus diesem Grund soll der Staat nur dann selbst als Unternehmer auftreten, wenn dies zur Sicherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unbedingt notwendig ist. Daher sprechen wir uns gegen jede Verstaatlichung der Wirtschaft und Industrie aus, befürworten jedoch die Bereitstellung der für eine funktionierende Wirtschaft notwendigen Infrastruktur durch die öffentliche Hand.

### **Prinzip der Sozialen Gerechtigkeit**

Einen wichtigen Teil einer funktionierenden ökosozialen Marktwirtschaft stellt die Verwirklichung des Prinzips der Sozialen Gerechtigkeit dar. Risiken, die der einzelne Mensch nicht alleine tragen kann (Erwerbslosigkeit durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Versorgung im Alter ..) müssen gemeinschaftlich mit Hilfe der öffentlichen Hand getragen werden. Aus diesem Grund treten wir für ein funktionierendes Gesundheits- und Sozialsystem in Österreich ein. Soziale Gerechtigkeit kann es nur dann geben, wenn sie mit der Leistungsbereitschaft des einzelnen verbunden ist. Daher sprechen wir uns gegen jeden Missbrauch des Sozialsystems aus. Menschen die nicht bereit sind, sich am Arbeitsprozess zu beteiligen und eine Leistung zu erbringen haben auch kein Anrecht darauf, von der Gemeinschaft unterstützt zu werden. Wer jedoch unverschuldet nicht oder nur teilweise in der Lage ist, sich an der Leistungsgesellschaft zu beteiligen hat Anspruch auf Hilfe und Unterstützung durch die öffentliche Hand.

### **Partnerschaftliche Lösung von Konflikten**

Inhaltliche Gegensätze zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen (z.B. Arbeitgeber und Arbeitnehmer) sollen partnerschaftlich und friedlich ausgetragen werden. Dabei spielen Interessensvertretungen und Sozialpartner (Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Landwirtschaftskammer..) eine wichtige Rolle. Bei der Lösung von Konflikten ist jedoch besonders darauf zu achten, dass sie soweit möglich selbstverantwortlich, ohne die Einmischung einer übergeordneten Ebene, ausgetragen werden. Daher sprechen wir uns für die betriebliche Mitbestimmung und den partnerschaftlichen Umgang zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Betriebsebene aus.

## Schonender Umgang mit unserer Umwelt

Neben der Eigenverantwortung und der Verantwortung für die Gemeinschaft, stellt die Verantwortung für unsere Umwelt einen besonderen Schwerpunkt unseres wirtschaftlichen Denkens und Handelns dar.

Dazu gehören vor allem die Anerkennung der begrenzten Verfügbarkeit von Rohstoffen und Energieträgern und eine Steuerpolitik, die nachhaltiges umweltfreundliches Wirtschaften belohnt, übermäßigen Rohstoff- und Energieverbrauch belastet, sowie gesundheits- oder umweltschädliches Wirtschaften bestraft und verbietet.

## JA zur Globalisierung!

Österreichs Wirtschaft und Bevölkerung sollen von der Globalisierung und Internationalisierung der Weltwirtschaft profitieren!

Dazu werden wir jedoch nur dann eine Chance haben, wenn wir über die besten Köpfe, die innovativsten Unternehmen und die besten Fachkräfte verfügen.

Dazu notwendig sind weitere Qualitätsverbesserungen und massive Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Neue Technologien müssen gefördert und bestehende Infrastruktur ausgebaut werden.

Ziel muss es sein, Österreich zum Headquarter-Standort für Mittel- und Südost-Europa zu machen!

## JA zur Regionalwirtschaft!

Als wichtigste Säule unserer Wirtschaft sind dabei die klein- und mittelständischen Unternehmen besonders zu unterstützen. Dazu ist vor allem eine verstärkte Förderung der Regionalwirtschaft notwendig. Auf Wirtschaftszweige, deren Wertschöpfung zur Gänze den Menschen in Österreich zugute kommt, ist dabei besonders bedacht zu nehmen. (Tourismus, Erneuerbare Energien, Nahversorgung, Landwirtschaft, Dienstleistungssektor..)

In diesen Wirtschaftszweigen sind, um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen, entsprechende gesetzliche, infrastrukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen, in Form von Fördermodellen, zu schaffen und weiter auszubauen.

Einen zukunftssträchtigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Österreich wird es nur dann geben, wenn es uns gelingt, von der Globalisierung und von der Regionalisierung der Wirtschaft gleichermaßen zu profitieren!

## Solider Staatshaushalt als Basis für den wirtschaftlichen Erfolg

Ein gesunder Staat kann nur dann für die wirtschaftliche und soziale Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, wenn die dazu notwendige Handlungsfreiheit gegeben ist. Staatsschulden schränken diese Handlungsfreiheit massiv ein und gefährden die Chancen aller zukünftigen Generationen auf wirtschaftlichen Erfolg, Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit.

Aus diesem Grund fordern wir, als junge Generation im Sinne der Partnerschaft zwischen den Generationen und der Nachhaltigkeit, den Schuldenstand nachhaltig

ezinzudämmen und abzubauen, um den Handlungsspielraum künftiger Generationen nicht zu gefährden, sondern auszubauen.

Dazu notwendig ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen. Ausgaben der öffentlichen Hand sind deshalb genauestens auf ihre Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit zu überprüfen.

Ziel der österreichischen Finanzpolitik muss es deshalb sein, ein mittelfristig ausgeglichenes Budget zu erwirtschaften.

### Arbeit schafft Wohlstand!

Ein nachhaltig funktionsfähiger Wirtschaftsstandort und Sozialstaat kann nur dann sichergestellt werden, wenn es für die Menschen in unserem Land ausreichend Arbeit und Beschäftigung gibt.

Gerade für junge Menschen bedeutet ein sicherer Arbeitsplatz die Grundvoraussetzung zum Aufbau der eigenen Existenz. Aus diesem Grund sind alle Anstrengungen der nächsten Jahre darauf zu richten, das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen.

### Was wir fordern:

#### Abflachung der Lebensverdienstkurve

Da junge Menschen und Familien eine größere finanzielle Belastung haben, wünscht sich die JVP eine Abflachung der Lebenseinkommenskurve sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft. Da die öffentlichen Bereiche hier als Vorbild voran gehen müssen, fordert die JVP Steiermark höhere Einstiegseinkommen junger Mitarbeiter im Landes- und Bundesdienst.

#### Förderung von flexiblen Arbeits- und Beschäftigungsformen

Österreich ist einer der effizientesten Wirtschaftsstandorte der Welt. Dieser Wettbewerbsvorteil, der den hochqualifizierten und flexiblen Fachkräften in unserem Land zu verdanken ist, muss unbedingt gehalten und ausgebaut werden. Dazu sind die weitere Förderung von flexiblen Arbeits- und Beschäftigungsformen und die daraus resultierenden Änderungen im Arbeitsrecht notwendig. Der Schutz des Arbeitnehmers vor Ausbeutung darf dabei jedoch nicht zu kurz kommen.

#### Eine leistungsfähige Arbeitsvermittlung

Die Rolle des Arbeitsmarktservice als reine Arbeitsvermittlung ist zu überdenken. Der Bedarf der Wirtschaft nach hochqualifizierten Arbeitskräften ist nur dann zu decken, wenn Arbeitssuchende die für sie und ihre Bedürfnisse maßgeschneiderte und hochqualitative Weiterbildung erhalten und dazu verpflichtet werden, diese auch in Anspruch zu nehmen. Bei der Erstellung von Programmen zur Weiterqualifizierung ist daher ein verbesserter Kontakt zur Wirtschaft als auch eine individueller Betreuung von Arbeitssuchenden Auch in Richtung Prävention von Arbeitslosigkeit sind neue Schwerpunkte zu setzen. Aus diesem Grund soll das AMS künftig auch die Weiterqualifizierung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten fördern.

### Gemeinnützige Arbeit für Langzeitarbeitslose

In unserer modernen Gesellschaft wird der Mensch sehr stark über seine Arbeit definiert. Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet daher für den Betroffenen und dessen Familie nicht nur Einkommensverlust, sondern vielfach auch den Verlust des sozialen Status sowie des eigenen Selbstwertgefühls. Aus diesem Grund treten wir dafür ein, Langzeitarbeitslosen das Angebot zu machen, sie gemäß ihren Fähigkeiten bei gemeinnützigen Arbeiten einzusetzen. Dadurch könnten neue – zeitlich befristete - Formen der Beschäftigung für Langzeitarbeitslose geschaffen, sowie unser Sozialsystem entlastet werden.

### Aus-/Weiterbildung:

#### Nachhaltige Qualitätsverbesserungen des österreichischen Bildungssystems

Qualitativ hochwertige Arbeitskräfte brauchen das beste Aus- und Weiterbildungssystem. Dazu sind eine ständige Schul- und Hochschulentwicklung in Richtung der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Bildungskonsumenten (Schüler, Studierende) und verstärkte Maßnahmen in Richtung der Qualitätsverbesserung unserer Bildungseinrichtungen und der dort tätigen Lehrenden notwendig. Die dafür notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen sind von Seiten der Öffentlichen Hand sicher zu stellen.

#### Eine weitere Individualisierung unseres Bildungssystems.

Unsere Gesellschaft ist heute vielseitiger, als jemals zuvor. Nicht zuletzt durch die schnelle technologische und industrielle Entwicklung stellt der Arbeitsmarkt neue und zusätzliche Anforderungen an junge Arbeitnehmer. Dies wirkt sich zwangsläufig auch auf unser Schulsystem aus. Aus diesem Grund fordern wir eine weitere Individualisierung des Schulsystems, durch die frühzeitig auf Stärken, Schwächen, Talente und Bedürfnisse des einzelnen Schülers eingegangen wird, um eine maximale Förderung der Potentiale unserer Jugend zu erreichen.

#### Die verpflichtende Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler ab der 7. Schulstufe

Die Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft ist weiter zu stärken. Für Schüler ist es deshalb wichtig, schon frühzeitig Kontakte mit Wirtschaftsbetrieben knüpfen und sich über ihre Berufsmöglichkeiten praxisorientiert informieren zu können. Deshalb fordern wir die verpflichtende Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler ab der 7. Schulstufe im Ausmaß von mindestens 2 Wochenstunden, durchgeführt von schulexternen Experten.

### Lehrlinge:

#### Die Verbesserung und weitere Modularisierung der Lehrlingsausbildung

Die Beibehaltung des dualen Ausbildungssystems ist für uns eine Grundvoraussetzung dafür, Lehrlingen die notwendigen Schlüsselqualifikationen für ihr späteres Berufsleben zu vermitteln. Zur Schaffung weiterer Wahlmöglichkeiten und um jungen Menschen zusätzliche Flexibilität am Arbeitsmarkt zu bieten, ist eine weitere Modularisierung der Lehrlingsausbildung sowie die Entrümpelung der Lehrpläne anzustreben bzw. Ausbildungsformen, die mit Lehreberuf und Matura abschließen zu fördern. Dies würde Jugendlichen ermöglichen, mit einer abgeschlossenen Lehrausbildung mehrere Berufe ergreifen können.

### Verbesserung der pädagogischen Aus- und Weiterbildung der Ausbilder in den Betrieben.

Auch die fachliche Qualifikation von Lehrlingsausbildnern ist zu verbessern. Hier ist eine verpflichtende Fortbildung hinsichtlich ihrer pädagogischen Qualifikation anzustreben.

### Verbesserung der Kommunikation zwischen Betrieben und Berufsschulen

Zur Verbesserung der Praxisorientierung der Lehrlingsausbildung an den Berufsschulen sind Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Betriebe besser über den jeweiligen Stand der Ausbildungsinhalte in den Berufsschulen informiert werden. Im Gegenzug müssen die inhaltlichen Anforderungen der Betriebe an die Berufsschulen in regelmäßigen Abständen evaluiert werden.

### Die Schaffung von weiteren Anreizen zur Aufnahme und Ausbildung von Lehrlingen durch österreichische Unternehmen

Genug Lehrstellen wird es in Österreich nur dann geben, wenn sich ausreichend Betriebe finden, die bereit sind Lehrlinge auszubilden. Dazu müssen weitere Anreize für Unternehmen zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen geschaffen werden (Beibehaltung und Erweiterung des BLUM Bonus) Weiters ist die Ausbildung in überbetrieblichen Lehrlingsverbänden zu forcieren, um es Klein- und Mittelbetrieben fachlich und finanziell möglich zu machen, mehr Lehrlinge auszubilden. Auch die Schutzbedingungen für Lehrlinge sind hinsichtlich ihrer Praxisorientierung und Umsetzbarkeit neu zu überarbeiten.

Wir sprechen uns klar gegen staatliche Lehrwerkstätten aus, da es nicht Aufgabe des Staates ist Lehrlinge auszubilden, sondern stattdessen optimale Rahmenbedingungen für die Lehrlingsausbildung zu schaffen.

### Die weitere Verbesserung des Ansehens der Lehre und der Facharbeit bei Schülern und Eltern.

Das Ansehen der Lehre in der Öffentlichkeit hat in den letzten Jahrzehnten stark gelitten. Dieser Entwicklung ist unbedingt entgegenzuwirken. Dazu ist es notwendig, das Ansehen der Lehre und der Facharbeit bei Schülern und Eltern durch gezielte Imagekampagnen weiter zu verbessern.

## Höhere Schulen und Arbeitsmarkt

### Berufsorientierung

Auch für Schüler höhere Schulen ist es wichtig, sich frühzeitig über die zahlreichen Wahlmöglichkeiten, die nach dem Schulabschluss zur Verfügung stehen zu informieren.

Deshalb schlagen wir vor, die momentan zur Verfügung stehenden 3 berufspraktischen Tage auf 5 Tage auszuweiten, die jedoch in ihrer Durchführung flexibel hand zu haben sind. Es sollen auch zusätzliche Ressourcen an Stunden für Berufsinformation und Berufsorientierung zur Verfügung stehen.

Weiters ist eine verbesserte Information über Ausbildungsmöglichkeiten nach der Matura durch Beratungslehrer notwendig, um die Zahl der Studienabbrecher zu minimieren.

### Schule und Wirtschaft

Schulen haben im Rahmen der Schulautonomie und der standortbezogenen Schulentwicklung verstärkt die Aufgabe, auf die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft zu reagieren. Dazu sind intensivere Kooperation zwischen Höheren Schulen und Wirtschaftsbetrieben auf regionaler Ebene notwendig, um SchülerInnen besser auf die Anforderungen des regionalen Arbeitsmarktes und der Wirtschaft vorzubereiten und Jugendlichen damit eine berufliche Zukunft in ihrer Region zu ermöglichen.

#### Ferialarbeit und Berufspraktika

Ferialarbeit und Berufspraktiken sind seitens der Arbeitgeber nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Fairness zu entlohnen.

#### Studierende und Arbeitsmarkt

##### Verstärkte Praxisorientierung in allen Studienrichtungen

Die Vorbereitung von Studierenden auf ihren Eintritt in den Arbeitsmarkt ist weiter zu verbessern, um die Akademikerarbeitslosigkeit zu verringern. Dazu ist es notwendig die Praxisorientierung des Studiums zu erhöhen, ohne dabei jedoch die Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung zu gefährden. Deshalb setzen wir uns für die Einführung von Berufspraktikumsmöglichkeiten während des Studiums ein, um es allen Studierenden zu ermöglichen bereits während ihrer Studienzeit Kontakte zur Wirtschaft zu knüpfen und vermehrt praktische Erfahrungen zu sammeln. Die Vermittlung dieser Praktikumsstellen sollte gemeinsam von Universitäten und Wirtschaftskammer organisiert werden.

Zur gezielten Vorbereitung von Studienabsolventen auf den Übertritt ins Berufsleben soll für die letzten 6 Monate des Studiums eine begleitende „Studienausgangsphase“ geschaffen werden. Studierende sollen gezielt über ihre weiteren Berufsmöglichkeiten informiert und bei der Inanspruchnahme von Jobchancen betreut werden.

#### Jungunternehmer

Zunehmend mehr Jugendliche in Österreich nutzen die Perspektive des eigenen Unternehmens für ihr berufliches Weiterkommen. Aus diesem Grund ist die Gründung von Unternehmen durch die öffentliche Hand weiter zu fördern.

#### Zinsfreie Kredite für Start-Ups

So genannte ‚Start-Up-Unternehmen‘ – sprich Unternehmungen von Jungunternehmern, die mit innovativen Ideen als Neugründung in den Wettbewerb gehen – sind mit zinsfreien Krediten zu unterstützen. Es soll angedacht werden, bei Vorlage einer schlüssigen Finanz- und Marktplanung mit positiver Zukunftsaussicht zusätzliche Förderungen innerhalb der ersten 2 Jahre der Unternehmung zu gewährleisten um eine Etablierung am Markt zu ermöglichen.

#### Förderung bei Schaffung von Arbeitsplätzen

Wir fordern eine Förderung von neu gegründeten Unternehmen bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Der erste neue Arbeitnehmer, der in einem Start-Up Unternehmen beschäftigt wird, soll im ersten Jahr durch ein Kombi Lohn Modell in Höhe von 50% der anfallenden Lohnkosten gefördert werden. Die dadurch verminderte finanzielle Belastung des Unternehmens bei der Schaffung von Arbeitsplätzen erhöht den Anreiz zur Expansion und zur Schaffung zusätzlicher

Arbeitsplätze, verringert das finanzielle Risiko und erhöht damit die Überlebenschancen des Unternehmens am freien Markt.

#### Finanzberatung für Jungunternehmen

Der Hauptgrund für das Scheitern eines neu gegründeten Unternehmens innerhalb der ersten drei Jahre liegt in einer verfehlten Finanzplanung. Somit stellt der langfristige Umgang mit finanziellen Ressourcen für viele Jungunternehmer die größte Herausforderung des Unternehmenseins dar. Aus diesem Grund fordern wir eine verpflichtende Beratung von Jungunternehmern bei der Finanzplanung während der ersten 3 Jahre ihrer unternehmerischen Tätigkeit, deren Kosten von Seiten der öffentlichen Hand gefördert wird.

#### Soziale Absicherung von Jungunternehmern

Junge Unternehmer gehen mit dem Weg in die Selbstständigkeit ein hohes finanzielles und soziales Risiko ein. Vor allem im Fall des Scheiterns der eigenen Unternehmensidee verfügen Unternehmer über keinerlei soziales Netz, da sie nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. Junge Unternehmer sollen sich absichern können, für den Fall der Fälle. Zur nötigen Risiko-Kultur gehört auch das Recht auf eine zweite Chance. Aus diesem Grund fordern wir eine freiwillige Arbeitslosenversicherung für junge Unternehmer mit einem fairen Beitragssatz.

#### Atypische Beschäftigungsverhältnisse

Die zunehmende Flexibilität des österreichischen Arbeitsmarktes bedingt eine starke Zunahme der Anzahl an atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Werkverträge, freie Dienstverträge). Für viele junge Menschen ist der Umstieg aus der Schule oder vom Angestelltendasein in ein atypisches Beschäftigungsverhältnis eine große und oftmals verwirrende Herausforderung dar, bei deren Bewältigung sie von Seiten des Staates und der Interessensvertretungen begleitet, betreut und unterstützt werden müssen.

#### Einfacheres Arbeitsrecht für alle Beschäftigungsformen

Wir fordern deshalb Überlegungen seitens der Bundesregierung zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse anzustellen. Dieses neue Arbeitsrecht soll die derzeit unübersichtlichen, teilweise widersprüchlichen und uneindeutigen Regelungen ablösen und für alle Beschäftigungsverhältnisse einen gleichermaßen qualitativ hochwertigen rechtlichen Status gewähren. Auch die Vereinfachung des Steuer- und Beihilfenrechts ist unbedingt in Angriff zu nehmen.

#### Bessere Information und Beratung

Darüber hinaus treten wir für die Schaffung einer allgemeinen Informations- und Beratungsstelle für sämtliche Fragen des Arbeits- und Sozialrechts ein, welche sowohl von Arbeitnehmern wie auch von Arbeitgebern kostenlos in Anspruch genommen werden kann. Eine solche Stelle könnte ohne Mehraufwand durch Zusammenarbeit der bereits bestehenden Einrichtungen bewerkstelligt werden.

### **3. Umweltschonende und nachhaltige Energiepolitik**

## **Wofür wir stehen:**

Sinnvolles und Nachhaltiges Wirtschaften ist nur durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Energieträgern möglich.

Im Zentrum der österreichischen Energiepolitik muss deshalb die nachhaltige Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Energie und Rohstoffen stehen.

Ein besonderer Schwerpunkt muss daher auf den Einsatz erneuerbarer Energien gelegt werden, um auch für künftige Generationen diese Versorgung sicher zu stellen.

## **Was wir fordern:**

### **Forschungsschwerpunkt Erneuerbare Energie**

Die Forschung im Bereich der Erneuerbaren Energie ist vorrangig zu unterstützen. Insbesondere geht es uns dabei um die Kraftwärekopplung im Mikrobereich, die Holzvergasung im Leistungsbereich, die Verringerung der Partikelemissionen aus Biomasseheizungen, die Weiterentwicklung biogener Treibstoffe, Brennstoffzellentechnik und die Wasserstoffwirtschaft mit dem Schwerpunkt Wasserstoff aus Biogas und anderer Biomasse.

### **Förderung erneuerbarer Energien**

Im Rahmen der Wohnbauförderung soll es öffentliche Mittel nur dann geben, wenn Wärme und Warmwasser mit Biomasse, Solarkollektoren, Fernwärme oder Absorptionswärmepumpen erzeugt werden.

Das bedeutet Verzicht auf Öl, Gas und Strom als Wärmequelle.

### **Weitestgehende Umstellung der Energieversorgung im Öffentlichen Sektor auf erneuerbare Energien**

Beim Einsatz erneuerbarer Energien muss die öffentliche Hand als Trendsetter und Impulsgeber mit gutem Beispiel voran gehen.

Deshalb fordern wir, dass der öffentliche Busverkehr in allen Städten der Steiermark schrittweise auf erneuerbare Treibstoffe umgestellt wird.

### **Besteuerung fossiler Brennstoffe**

Die fossilen Brennstoffe Öl und Gas sollen höher besteuert werden (einige Ausnahmen im Industriebereich). Gleichzeitig soll ein Teil der Einnahmen für soziale Ausgleichsmaßnahmen (Heizpauschale für Bezieher kleiner Einkommen und für kinderreiche Familien) und zur Förderung der erneuerbaren Energie und der Wärmedämmung verwendet werden.

Kraftstoffe aus erneuerbaren Energieträgern müssen hingegen zur Gänze von der Mineralölsteuer befreit werden.

### **Förderung des sparsamen Energieeinsatzes**

Die EVU-Netzbetreiber sollen durch ein Stromeffizienzgesetz veranlasst werden, eine eigenständige aktive Politik zum Stromsparen durchzuführen.

### **Bestrafung von Energiesündern**

Ökowärmegutscheine für Haushalte und Unternehmen, die in Biomasseanlagen, Solarkollektoren oder Fernwärmeanschlüsse investieren –

Kaufverpflichtung bzw. Bezahlung der Ökowärmegutscheine für die Öl-, Gas- und Kohlewirtschaft.

## 4. Mobilität und Verkehr

### Wofür wir stehen:

Besonders für junge Menschen stellt die persönliche Mobilität eine wichtige Grundvoraussetzung für die Schaffung der eigenen Existenz dar.

Egal ob zur Bewältigung des täglichen Weges zur Ausbildungsstätte bzw. zum Arbeitsplatz oder in der Freizeit, leistungsfähige Verkehrsmittel sind ein wesentlicher Schlüssel zur persönlichen Freiheit, Entfaltung und Entwicklung junger Menschen.

Der Ausbau, sowie die Aufrechterhaltung von leistungsfähigen Verkehrswegen setzen hohe Investitionen und damit verbundene Kosten voraus.

Diese Kosten können alleine durch die öffentliche Hand nicht mehr getragen werden.

Daher müssen auch Möglichkeiten der privaten Finanzierung genutzt werden. Bei der Ausschöpfung dieser privaten Finanzierungsquellen ist jedoch darauf Bedacht zu nehmen, dass Jugendliche, die über kein oder nur ein geringes Einkommen verfügen, nicht über Gebühr belastet werden.

Besonders der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel ist für Jugendliche, die vielfach noch nicht oder nur eingeschränkt die Möglichkeit haben, die Mittel des Individualverkehrs zu nutzen, besonders wichtig. Vor allem im ländlichen Raum besteht hier vielfach Nachhol- und Verbesserungsbedarf. Dies betrifft nicht nur den infrastrukturellen Ausbau, sondern auch die Verbesserung der Organisation bestehender Angebote (Frequenz und Fahrtzeiten). Stundenlange Wartezeiten, die für den Weg in die Schule oder zum Arbeitsplatz in Kauf genommen werden müssen sind eine nicht zu tolerierende Einschränkung für die Lebensgestaltung junger Menschen. Hier sind neue und auf die Bedürfnisse Jugendlicher zugeschnittene Lösungen anzudenken.

Im Sinne des Umweltschutzes ist bei der Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs und des Individualverkehrs vor allem auf die Verringerung von Schadstoffen und den sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energieträgern zu achten.

### Was wir fordern

#### Vierspurige Anbindung an jeden Steirischen Bezirk

Mobilität und Verkehrsinfrastruktur sind Schlüsselemente für die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entwicklung jeder Region. Ein schneller Weg zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz, sowie die optimale Erreichbarkeit von Produktionsstätten sind Grundvoraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg und soziale Sicherheit. Deshalb fordern wir eine vierspurige Straßenanbindung an jeden steirischen Bezirk, um die persönliche Mobilität der dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

#### Eine verbesserte Förderung von Individuallösungen im öffentlichen Verkehr

Für viele Jugendlichen sind die Angebote des öffentlichen Verkehrs die beinahe einzige Möglichkeit zur persönlichen Mobilität. Um die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zu erleichtern, sind flächendeckende und bedarfsorientierte Angebote für die junge Zielgruppe zu entwickeln. Im Sinne der Subsidiarität sind dazu regionale und individualisierte Verkehrslösungen anzustreben. Es ist für uns eine Grundvoraussetzung, dass die betroffenen Jugendlichen bei der Auswahl, Konzeption und Umsetzung dieser individuellen Angebote (ermäßigte Taxis, Nachtbusssysteme, Schulbusssysteme..) unbedingt einzubinden sind, um die Bedarfsorientierung des Angebotes zu gewährleisten. Bei der Finanzierung der

Angebote ist eine Drittfinanzierung aller Beteiligten (Land, Gemeinde, Nutzer) anzustreben.

#### Verbesserte Ermäßigungen für Jugendliche im Verkehrsverbund

Neben einem flächendeckenden und bedarfsorientierten Angebot, ist die finanzielle Leistbarkeit die wichtigste Grundvoraussetzung für uns Junge, öffentliche Verkehrsmittel nutzen zu können. Hier gibt es jedoch Verbesserungsbedarf: Wir fordern daher die Einführung eines generellen Jugendtarifes für alle Jugendlichen zwischen 15 und 26 Jahren, unabhängig von deren Berufs- oder Schulbildung. Die Ermäßigungen haben dabei, das gleiche Ausmaß zu betragen, wie die bereits bestehenden Ermäßigungen für Senioren.

#### Billigere Führerscheine

Der eigene Führerschein ist für uns alle der wesentlichste Schritt zur persönlichen Mobilität. Das Auto ist heute noch immer das wichtigste Transportmittel für den Weg zur Arbeit und in der Freizeit. Auch hier ist jedoch die Leistbarkeit des Führerscheins eine Grundvoraussetzung. Deshalb setzen wir uns für die Ausschöpfung möglicher Einsparungspotentiale für den Erwerb von Führerscheinen bei gleich bleibender Qualität der Ausbildung ein. So kann etwa die Abhaltung der theoretischen Fahrausbildung im Schulunterricht (z.B. im Rahmen eines Freifaches) zu einer wesentlichen Vergünstigung der Führerscheinkosten führen. Eine weitere Kostenersparnis wäre durch die Anrechenbarkeit der Tauglichkeitsbescheinigung der Stellung als Nachweis der körperlichen Eignung zum Lenken eines Fahrzeuges zu erreichen. Für die Umsetzung beider Vorschläge sind entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und Initiativen zu setzen.

#### Bekämpfung von Alkohol am Steuer

Das Thema Alkohol am Steuer wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder in den Zusammenhang mit jugendlichen Lenkern gebracht. Wir wollen an dieser Stelle festhalten, dass die Alkoholproblematik kein spezifisches Jugendthema, sondern vielmehr eine Problematik ist, die unsere gesamte Gesellschaft betrifft. Zur Bekämpfung von Alkohol am Steuer sind härtere Verkehrskontrollen, sowie die strenge Exekution der bestehenden Gesetze zielführend. Die dafür notwendigen Ressourcen (Personal) sind daher dringend von Seiten der öffentlichen Hand sicherzustellen und zu erweitern.

#### Regelmäßige Überprüfung der Fahrtauglichkeit

Das Thema Verkehrssicherheit betrifft nicht nur junge Menschen, auch alle älteren Generationen sind dazu verpflichtet ihren Beitrag zur Verkehrssicherheit zu leisten. Aus diesem Grund fordern wir die regelmäßige Überprüfung (alle 3 Jahre) der Fahrtauglichkeit von Verkehrsteilnehmern, die das 65. Lebensjahr überschritten haben.

## 5. Land- und Forstwirtschaft

### Wofür wir stehen:

Österreichs Land- und Forstwirtschaft stellt durch die Erfüllung ihrer multifunktionalen Aufgaben eine wertvolle Grundlage für die hohe Lebensqualität in Österreich dar. Die zahlreichen bäuerlichen Familienbetriebe in unserer Heimat produzieren qualitativ hochwertige Nahrungsmittel und Rohstoffe, sichern dadurch die Lebensgrundlage unserer Bevölkerung, erhalten und gestalten die Kultur- und Erholungslandschaft und schützen uns vor Gefahren der Natur.

Aus diesem Grund muss von Seiten der öffentlichen Hand alles dafür unternommen werden, die Struktur unserer bäuerlichen Betriebe aufrecht zu erhalten. Voraussetzung dafür ist eine faire und gerechte Entlohnung der in der Land- und Forstwirtschaft selbstständig und unselbstständig beschäftigten Menschen. Um dem immer größer werdenden Preis- und Konkurrenzdruck, vor allem im Lebensmittelbereich entgegenzutreten sind daher eine weitere qualitative Verbesserung landwirtschaftlicher Produkte, sowie eine faire Preisgestaltung notwendig. Um hier den fairen Wettbewerb sicher zu stellen ist im Sinne einer ökosozialen Marktwirtschaft auch die Hilfe und Unterstützung der öffentlichen Hand in Form von Förderungsprogrammen und gesetzlichen Rahmenbedingungen erforderlich.

### Was wir fordern:

#### Konsequente Umsetzung des Grünen Paktes bis 2013 und Sicherstellung der CO-Finanzierung der EU-Fördermittel bis 2013

Im Rahmen des grünen Paktes werden die Fördermittel der Europäischen Union für die ländliche Entwicklung vom Bund und den Ländern noch einmal verdoppelt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass diese EU-Förderungen überhaupt ausbezahlt werden. Deswegen ist es der Jungen ÖVP Steiermark ein Anliegen, dass die Bundes- und Landesregierungen an den bis 2013 zugesagten Fördermitteln im Rahmen des Grünen Paktes garantiert festhalten, da damit für die bäuerlichen Familien und Betriebe Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum herrscht. Dadurch wird den Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft die Möglichkeit gegeben weiterhin ökologisch einwandfreie, hochqualitative Lebensmittel zu produzieren und unsere vielfältige Kulturlandschaft und Artenvielfalt zu erhalten.

#### Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für die hauptberuflich am Hof mitarbeitenden Jungbauern (und -bäuerinnen) durch die öffentliche Hand.

Landwirte behalten ihre Nachkommen selten als Vollarbeitskräfte am Hof, da selbst bei geringem Lohn sehr hohe SV-Beiträge fällig würden. Dadurch verlagert sich die landwirtschaftliche Produktion zunehmend auf Nebenerwerbslandwirte, die einem hohen wirtschaftlichen Druck ausgesetzt sind.

Wenn diese Sozialversicherungsbeiträge von der öffentlichen Hand co-finanziert werden, entlasteten die jungen Bauern einerseits den Arbeitsmarkt (Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft würden frei) und es würde zu strukturellen Verbesserungen in den landwirtschaftlichen Betrieben kommen (Mehr Personalressourcen bedeuten:

höhere Schlagkraft und Produktivität, mehr Möglichkeiten zu Umsetzung neuer Ideen und Initiativen und Verbesserung der wirtschaftlichen Produktion und der Qualität)

#### Die JVP Steiermark steht voll hinter der Initiative der Geschmack der Heimat Sicherung von Regionalität und Frische.

Die Initiative „der Geschmack der Heimat“ wurde vom österreichischen Lebensmittelhandel und einer bundesweit erscheinenden Zeitung als Medienpartner ins Leben gerufen, um der Bevölkerung den Wert und die hohe Qualität der Lebensmittel aus heimischer bäuerlicher Produktion bewusst zu machen. Es wurde eine breite gesellschaftliche Diskussion über dieses Thema in Gang gebracht.

Die Initiative umfasst fünf zentrale Punkte: Bekenntnis des Handels zu Produkten aus Österreich, klare Kennzeichnung heimischer Produkte, Rücksichtnahme auf regionale und saisonale Produkte, Sicherstellung einer kostendeckenden Produktion sowie die Sicherung der hohen Qualitätsstandards.

Die Junge ÖVP Steiermark sieht es als zentrale Aufgabe, beim Handel und den Konsumenten das Bewusstsein für heimische Lebensmittel als „Mittel zum Leben“ zu steigern.

Denn das Verständnis der Konsumenten für diesen Wert der Lebensmittel, aber auch für die Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft und intakter Landschaft sowie die Stärkung des Konsumpatriotismus sind die Basis für das Bestehen der bäuerlichen Familienbetriebe am Markt.

Das Ziel ist klar: Den heimischen Lebensmitteln jenen Stellenwert zu geben, der ihnen auf Grund der ausgezeichneten Qualität und der hohen Standards, zu denen die österreichischen Bäuerinnen und Bauern Tag für Tag produzieren, zusteht.

Die Junge ÖVP Steiermark sieht im Rahmen dieser Initiative die große Möglichkeit, das Verständnis der nichtbäuerlichen Bevölkerung gegenüber den Bäuerinnen und Bauern nachhaltig sehr stark in positive Richtung zu verschieben und dadurch auch zu einem noch besseren Zusammenleben zwischen Land- und Stadtbevölkerung beizutragen.

#### Sicherstellung der Beratungsleistung und Unterstützung der Jugendarbeit (z.B. der Landjugend) durch die Landwirtschaftskammer.

Die Landwirtschaftskammer erbringt für die bäuerlichen Betriebe unverzichtbare Leistungen im Bereich Interessensvertretung, Beratung, Aus- und Weiterbildung, sowie bei der Erhaltung der ländlichen Kultur. Um diese Dienstleistungen aufrechterhalten zu können, ist die Landwirtschaftskammer auf öffentliche Subventionen angewiesen. Wir fordern daher, im Sinne einer starken Demokratie mit partnerschaftlichen Interessensvertretungen, die Finanzierung der Landwirtschaftskammer durch die öffentliche Hand weiterhin sicherzustellen.

#### Erhaltung und Stärkung des landwirtschaftlichen Schulwesens zur Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung der ländlichen Bevölkerung.

Wie auch in der Wirtschaft, kann es eine nachhaltig funktionierende Land- und Forstwirtschaft nur dann geben, wenn sie über hochqualifizierte Fachkräfte verfügt. Die Ausbildung dieser Fachkräfte ist Aufgabe von landwirtschaftlichen Schulen, deren Erhaltung und Stärkung von Seiten des Staates sicherzustellen ist. Darüber hinaus fordern wir für die landwirtschaftlichen Schulen weitere Qualitätsverbesserungen im Sinne einer (autonomen) Schulentwicklung, im Zuge derer verstärkt auf die Entwicklung im landwirtschaftlichen Sektor, sowie auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen ist.

#### Vermehrter Einsatz von heimischem Holz im Bauwesen

Unsere Holzwirtschaft gehört zu jenen Wirtschaftszweigen deren Wertschöpfung zur Gänze den Menschen in unserem Land zugute kommt. Aus diesem Grund fordern wir zusätzliche Initiativen zum vermehrten Einsatz von heimischem Holz im Bauwesen zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auch in der Forstwirtschaft.

## **6. Eine offene Gesellschaft gleichberechtigter PartnerInnen!**

Die Junge Volkspartei Steiermark setzt sich für eine Gesellschaftsform ein, die jedem Menschen die Möglichkeit bietet, sich frei zu entfalten und in der die Mitglieder unserer Gemeinschaft im Sinne des Gemeinwohls die Verpflichtung übernehmen, soziale Aufgaben und Lasten gemeinsam zu tragen und gerecht aufzuteilen.

Wir streben ein solidarisches Miteinander der Menschen beider Geschlechter, aller Altersgruppen, Berufsgruppen, aller sozialen Schichten, sowie eigener und fremder Staatsangehörigkeit an.

Die Verwirklichung dieses Miteinanders ist keine ausschließliche Aufgabe des Staates, sondern vielmehr eine Aufgabe aller Mitglieder unserer Gemeinschaft und bedarf des Sozialen Engagements, der Selbstverantwortung und des partnerschaftlichen Umgangs miteinander.

### **Frauen und Männer**

#### **Wofür wir stehen:**

Die Junge Volkspartei setzt sich für die gleichberechtigte Partnerschaft von Männern und Frauen in Familie, Berufs- und Arbeitswelt, sowie in der Politik ein.

Dazu gehört die Aufhebung aller Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, die die gleiche Leistung erbringen, sowie eine faire Bemessung und Bewertung unbezahlter Tätigkeiten in Familie, Erziehung und Pflege.

Es ist jedenfalls eine Grundvoraussetzung, dass Frauen und Männer, die auf die Ausübung eines Berufes zugunsten ihrer Familie ganz oder teilweise verzichten, durch das öffentliche Sozial-, Gesundheits- und Pensionssystem abgesichert sind. Des Weiteren ist auch die weitere Verbesserung zwischen Berufs- und Familienwelt anzustreben. Dazu bedarf es einerseits besserer Förder- und Bildungsprogramme, die die Aufstiegschancen von Frauen, sowie den Wiedereinstieg ins Berufsleben

nach der Kindererziehungszeit erleichtern und forcieren. Darüber hinaus fordert die Junge Volkspartei auch spezielle Förderungen im Bereich Aus- und Weiterbildung für Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen und in ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis wechseln möchten.

### **Was wir fordern:**

#### Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau wird seit langem politisch diskutiert und unterstützt, jedoch bleibt die Anzahl an Frauen in den heimischen Führungsebenen vergleichsweise gering. Leider gibt es noch immer Branchen, in denen für gleiche Arbeit geschlechtsabhängig verschiedene Löhne ausgezahlt werden. Die JVP Steiermark fordert daher gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und mehr Frauen in Führungspositionen.

#### AMS (Weiterbildungs-)Förderungen für Teilzeitbeschäftigte

Für die JVP Steiermark ist es ein erklärtes Ziel, die Chancen jedes Teilzeitbeschäftigten auf einen adäquaten Arbeitsplatz zu verbessern. Aus diesem Grund fordern wir, dass Weiterqualifizierungsmaßnahmen vom Arbeitsmarktservice nicht nur für Arbeitssuchende, sondern auch, in entsprechender Abstufung, für Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte gefördert werden. Dies würde die Chancen zahlreicher Frauen, die derzeit einem Teilzeitarbeitsplatz nachgehen müssen, da sie keinen adäquaten Vollzeitarbeitsplatz finden, auf einen Wechsel in ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis verbessern.

#### Steuerliche Anreize für Unternehmer bei der Anstellung von Wiedereinsteigerinnen

Frauen und Männer, die zugunsten der Kindererziehung auf die Ausübung eines Berufs verzichten, leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Familie und die künftigen Generationen. Leider haben viele von ihnen Probleme, nach der Kindererziehungszeit wieder in ihren Beruf zurückkehren zu können. Wir fordern deshalb steuerliche Anreize für Unternehmer zu schaffen, die WiedereinsteigerInnen anstellen. Die Entlastung sollte dabei zeitlich begrenzt und an die Bedingung einer mehrjährigen Jobgarantie geknüpft sein.

#### Adäquate Vertretung von Frauen in der Politik

Frauen und Männer als gleichberechtigte Partner in unserer Gesellschaft brauchen eine entsprechende Vertretung in politischen Entscheidungsgremien. Die Junge Volkspartei Steiermark setzt sich deshalb dafür ein, den Frauenanteil im Bereich der politischen Mandatare zu steigern um eine adäquate Vertretung von Frauen in der Politik sicherzustellen.

## **Familie und Partnerschaft**

### **Wofür wir stehen:**

Wir bekennen uns zur Familie als wichtigste „Zelle“ unserer Gesellschaft. Die Familie ist die natürliche und unersetzliche Gemeinschaft der Eltern und ihrer Kinder. Sie ist Keimzelle des Staates und kann durch kein Sozialgebilde gleichwertig ersetzt werden. Als Keimzelle des Lebens ist sie für die menschliche Person unersetzlich zur Vermittlung von individuellen und gesellschaftlichen Werten. Sie ist erste Sozialisations- und Erziehungsinstanz. Die Familie hat eigene und ursprüngliche Rechte, die der Staat vorfindet und anzuerkennen hat. Vor allem kommt den Eltern das primäre Erziehungsrecht ihrer Kinder zu; der Bildungsauftrag der Gesellschaft ist subsidiär.

Unser Idealbild dieser Einheit ist und bleibt eine Familie mit zwei (heterosexuellen) Elternteilen und Kindern.

Trotz dieses Idealbildes verschließen wir uns nicht davor, dass sich der Begriff der Familie in den letzten Jahren verändert und erweitert hat.

Zur klassischen Familienform sind verschiedene neue Formen der Familie, wie Alleinerziehende, Wiederverheiratete, Familien mit Kindern aus verschiedenen Ehen und Kindern aus nichtehelichen Partnerschaften hinzugekommen.

Wir treten deshalb dafür ein, das klassische Bild der Familie um all jene Familienformen zu erweitern, die den von uns definierten Kriterien entsprechen. Dies schließt auch die gleichberechtigte Förderung und Unterstützung dieser Familienformen mit ein. Dabei sollen vor allem die Lasten jener ausgeglichen werden, die Kinder erziehen und alte Menschen pflegen. Dies bedeutet, dass die Übernahme von familiären Pflichten in die Instrumente der staatlichen Risiko- und Altersversorgung berücksichtigt wird. Der Verzicht auf die Ausübung eines Berufes zugunsten der Familie muss sowohl gesellschaftliche Anerkennung finden, als auch keine Einschränkung der persönlichen Grundbedürfnisse nach sich ziehen.

Die Vereinbarkeit und der flexible Wechsel zwischen den Bereichen der Arbeits- und Berufswelt muss deshalb weiter erleichtert werden. Ein wesentlicher Beitrag dazu sind qualitativ hochwertige, auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern zugeschnittene Angebote der Kinderbetreuung durch die verschiedensten (öffentlichen und privaten) Trägerschaften. Besondere Rücksicht muss dabei auf das Wohl des Kindes genommen werden. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt eine Aufgabe der Familie und darf unter keinen Umständen an staatliche oder private Institutionen „ausgelagert“ werden!

Darüber hinaus ist bei der Schaffung von Angeboten der Kinderbetreuung auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass die finanzielle Belastung von Familien durch die Inanspruchnahme dieser Angebote in akzeptablen Grenzen gehalten wird.

Die Junge Volkspartei Steiermark spricht sich dafür aus, die Gründung von Familien verstärkt durch die öffentliche Hand zu fördern. Dies betrifft, neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, vor allem die Wohnungs-, Verkehrs- und Bildungspolitik. Familien übernehmen unschätzbare Aufgaben für die Gesellschaft und sichern unsere Zukunft! Deshalb haben sie auch Anrecht auf gezielte Angebote und Förderungsmöglichkeiten, die die Gründung einer Familie erleichtern.

### **Was wir fordern:**

### Verbessertes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen

Für eine funktionierende Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind bedarfsgerecht organisierte Kinderbetreuungseinrichtungen, neben der Familie, die beste Hilfestellung.

Die JVP Steiermark fordert daher die Schaffung von Kinderbetreuungsstätten für Null- bis Dreijährige sowie eine Ausweitung der Öffnungszeiten von bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen nach dem Bedarf der Eltern. Wir fordern eine diesbezügliche Bedarfserhebung unter Eltern und eine dementsprechende Reaktion der Kinderkrippen und Kindergärten.

### Unterstützung für Betriebskindergärten

Vor allem in größeren Unternehmen stellen Betriebskindergärten für die Mitarbeiter eine wichtige und bedarfsorientierte Möglichkeit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Darüber hinaus wird das öffentliche Kinderbetreuungssystem durch Betriebskindergärten finanziell entlastet (Kostensparnis durch weniger öffentliche Kindergärten). Wir treten dafür ein, die finanzielle Entlastung teilweise an Unternehmen zurückzuführen, die einen Kindergarten in ihrem Betrieb einrichten. Dies sollte in Form eines zweckgebundenen Steuerfreibetrages erfolgen.

### Verbesserung des Angebotes zur individuellen Kinderbetreuung (Tagesmütter)

Für viele junge Familien ist der finanzielle Druck sehr hoch, daher ist es heute üblich dass beide Elternteile einen Beruf ausüben. Um dies zu ermöglichen müssen genügend Kinderbetreuungsplätze vorhanden sein. Die derzeit absurde Situation, dass KindergärtnerInnen nur mit einer Zusatzprüfung als Tagesmütter arbeiten können, sollte daher geändert werden. Die JVP Steiermark fordert, dass ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen auch als Tagesmütter arbeiten dürfen.

### Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten

Familien mit Kindern sichern die Zukunft unseres Landes. Um jedoch Beruf und Familie vereinbaren zu können, entstehen vielen Familien, die auf Kinderbetreuungsangebote angewiesen sind, (teilweise erhebliche) zusätzliche Kosten für die gesicherte und hochqualitative Betreuung ihrer Kinder. Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit fordern wir daher die steuerliche Absetzbarkeit von Kosten für die Kinderbetreuung in einer Höhe von maximal € 1.500.- pro Jahr.

### Flexiblere Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss gefördert werden. Flexible Arbeitszeitmodelle, in den skandinavischen Ländern bereits vorhanden, sollen Eltern mehr Zeit für ihre Kinder zur Verfügung stellen. Studien haben beispielsweise ergeben, dass Modelle mit drei Tagen zu je 10 Stunden Arbeit und die restliche Woche frei, für Menschen die bereits Teilzeitarbeit leisten, eine sehr attraktive Alternative bieten. Die JVP Steiermark fordert daher die Unterstützung neuer Arbeitszeitmodelle für Arbeitnehmer mit Familie mit den dementsprechenden Änderungen im Arbeitsgesetz.

### Familiengerechtere Wohnbauplanung

Die Junge Volkspartei Steiermark tritt für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Diese wird jedoch oft durch große Distanzen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz behindert. In vielen modernen Berufen, z.B. der Informationstechnologie, ist es mittlerweile möglich, unnötige Distanzen zu vermeiden und seine Arbeit am

Heim Arbeitsplatz (Home Office) zu verrichten. Die JVP Steiermark fordert daher, dass diese Tendenz bei der Planung neuer Wohnbauprojekte berücksichtigt wird und vermehrt Wohnmöglichkeiten geschaffen werden, die die Möglichkeit bieten, Wohn- und Arbeitsplatz und damit Berufs- und Familienleben zu vereinen.

#### Wohnstarthilfe für Jungbürger

Die Existenzgründung und die Schaffung des ersten eigenen Hausstandes soll von der öffentlichen Hand gefördert werden. Deshalb treten wir für die Schaffung einer Wohnstartförderung für Jungbürger ein, um Kosten der Hausstandsgründung (Kautions-, Provision...) abzufedern. Die Förderung (maximal € 1200.-) soll verteilt auf 3 Jahre ausgezahlt werden, um Förderungsmisbrauch zu vermeiden.

#### Verbesserung der rechtlichen Situation von Lebensgemeinschaften

Die Formen des Zusammenlebens haben sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv gewandelt und Bedarf nach Anpassungen hervorgerufen, um der neuen Situation gerecht zu werden. Die JVP Steiermark spricht sich gegen die Diskriminierung jeglicher Formen des Zusammenlebens aus, in der zwei Menschen bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Aus diesem Grund fordern wir, den Status von Lebensgemeinschaften in folgenden Bereichen dem der Ehe anzunähern und der Lebensgemeinschaft eine abgesicherte rechtliche Grundlage zu geben:

- Strafrecht (Entschlagungs- bzw. Zeugnisverweigerungsrecht, Begehung im Familienkreis)
- Erbrecht (Pflichtteilsrecht, Erbschaftsteuer)
- Hinterbliebenenversorgung (Sozialrecht)
- Unterhaltsrecht (Wechselseitig)
- „Trennungsrecht“ (Trennungsfall)
- Sozialrecht (Witwenversorgung, Sozialhilfe)

## **Kinder und Jugendliche**

### **Wofür wir stehen:**

Die Junge Volkspartei tritt dafür ein, dass bei allen Überlegungen und Maßnahmen die Kinder und Jugendliche betreffen, deren Wohl und Förderung im Zentrum steht. Soweit möglich sollen Kinder und Jugendliche in die Gestaltung ihrer Lebensbereiche aktiv eingebunden werden. Hier ist ein Maximum an Partizipation auf allen Ebenen und in allen Bereichen anzustreben.

Kinder und Jugendliche brauchen Förderung – aber keine Überforderung! Aus diesem Grund muss der Staat durch Bildungs-, Sozial-, Verwaltungs- und Freizeiteinrichtungen optimale Lebensbedingungen für junge Menschen schaffen bzw. ermöglichen. Diese sollen die freie Entfaltung und Entwicklung junger Menschen zu Mitgliedern unserer Gesellschaft fördern, die ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Verantwortung für unsere Gemeinschaft übernehmen.

### **Was wir fordern:**

#### **Jugend-Verträglichkeitsprüfung (JVP)**

Im Sinne einer maximalen Partizipation der Jugend an sie betreffenden politischen Entscheidungen fordern wir eine verpflichtende Überprüfung von legislativen Vorhaben auf Landes- und Bundesebene auf ihre Jugendverträglichkeit. Durch dieses objektive Begutachtungsverfahren sollen negative Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf die Zukunft von Jugendlichen (z.B. Umweltschäden, Schulden, Verschlechterungen im Bildungs-, Gesundheits-, oder Pensionssystem) vermieden werden.

Zur Beteiligung Jugendlicher bei sie betreffenden Entscheidungen auf Gemeindeebene, fordern wir die verpflichtende Einführung von Jugendbeteiligungsmodellen in jeder steirischen Gemeinde.

#### **Vermehrte Förderung der Jugendarbeit**

Um eine freie und selbstbestimmte Entwicklung Jugendlicher zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sind neben den Angeboten der öffentlichen Hand, auch die Angebote der verbandlichen und offenen Jugendarbeit verstärkt zu forcieren. Vor allem die Angebote der verbandlichen Jugendarbeit (Vereine) sind in besonderem Maße zu unterstützen, da sie besonderes Engagement der Jugend voraussetzen und damit die Entwicklung Jugendlicher zu selbstverantwortlichen Mitgliedern und aktiven Gestaltern unserer Gesellschaft fördern. Wir fordern deshalb eine Umverteilung der für Jugendarbeit zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zugunsten der verbandlichen Jugendarbeit, sowie eine strengere Evaluation der Institutionen der offenen und verbandlichen Jugendarbeit im Sinne des Leistungsprinzips.

#### **Förderung der Jugendkulturszene:**

Förderung der Jugendkulturszene auf bundesweiter, landesweiter und regionaler Ebene. Diese beinhaltet eine künstlerische Förderung im Bereich Musik, Lyrik, Literatur, Prosa sowie Malerei. Diese Förderungen – finanzieller und organisatorischer Natur - sind idealerweise entweder halbjährlich in Form eines

Stipendiums auszuschreiben oder in Form von bundesweiten, landesweiten und regionalen Wettbewerben.

### Aufnahme der Kinder- und Jugendrechte in die Steirische Landesverfassung

Die UN-Kinderrechtskonvention wurde bereits am 20. November 1989 verabschiedet. Dieses UN-„Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ wurde 1991 auch von Österreich ratifiziert (wie inzwischen von 192 Staaten), jedoch im Gegensatz zu der UN-Menschenrechtskonvention nicht verfassungsmäßig verankert. Auf Landesebene hat die Kinderrechtskonvention mittlerweile in Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich Landesverfassungsrang. Die Konvention gilt grundsätzlich für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr und beinhaltet unter anderem das Recht auf gewaltfreie Erziehung, Recht auf Schutz vor Ausbeutung, Recht auf Gesundheit, Recht auf Partizipation und Meinungsäußerung, Recht auf Privatsphäre etc.

Erhält die Konvention Verfassungsrang, wäre altersgerechte Partizipation nicht mehr vom guten Willen der PolitikerInnen abhängig, sondern stünde den Kindern und Jugendlichen rechtlich zu. Weiters müssten alle Gesetze auf Verträglichkeit mit der Kinderrechtskonvention überprüft werden und gäbe das Land Steiermark ein eindeutiges Bekenntnis gegen jegliche Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen ab und müsste diesen Schutz vor Gewalt garantieren.

Die Junge Volkspartei Steiermark fordert daher die Verankerung der Kinder- und Jugendrechte in der Steirischen Landesverfassung.

## Lebensqualität im Alter

### Wofür wir stehen

Hohe Lebensqualität im Alter schließt altersgerechtes Wohnen, Essensversorgung, notwendige Dienstleistungen im Haushalt, Pflegebetreuung und fortdauernde Einbindung in das gesellschaftliche, geistige und kulturelle Leben ein.

Selbstverständlich strebt die JVP eine Gesellschaft an, in der alte Menschen, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes, eigenständiges Leben, in ihrem gewohnten Umfeld führen können.

Sie dabei zu unterstützen ist Aufgabe der Familie, der Gemeinschaft und auch der öffentlichen Hand.

### Pflege:

Die Pflege alter und kranker Menschen ist eine Aufgabe, die weder die Familie noch der Staat alleine übernehmen kann. Hierzu ist das partnerschaftliche Zusammenwirken von Angehörigen und öffentlichen und privaten Pflegeeinrichtungen notwendig. Auch die dabei entstehenden Kosten können von keinem der Partner alleine getragen werden. Die Deckung dieser Kosten ist vielmehr eine Aufgabe, die zwischen der öffentlichen Hand und – soweit dies zumutbar ist – dem Pflegebedürftigen selbst und dessen Angehörigen aufgeteilt wird.

### Was wir fordern

### Reform des Pflegesystems

In Anbetracht des steigenden Bedarfes nach Pflegeleistungen und der Abdeckung der damit verbundenen Kosten sprechen wir uns deshalb dafür aus, ein neues und spezielles Vorsorgesystem für die Versorgung pflegebedürftiger Menschen in der Zukunft zu schaffen. Bei der Umsetzung dieses Systems ist jedoch darauf Bedacht zu nehmen, dass die daraus resultierende zusätzliche finanzielle Belastung solidarisch zwischen den Generationen aufgeteilt wird und nicht zu Lasten unserer Jugend und derer Zukunftschancen geht.

## **Menschen mit Behinderung**

### **Wofür wir stehen**

Die Würde eines Menschen ist untastbar und unabhängig von Leistung, Alter und Gesundheitszustand.

Menschen mit Behinderung sind Teil unserer Gesellschaft und deshalb gleichberechtigte Mitglieder unserer Gemeinschaft. Sie verdienen die beste Förderung und Unterstützung, um ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben führen zu können. Sie dabei zu unterstützen, ist sowohl Aufgabe von Einrichtungen der öffentlichen Hand, als auch die Verantwortung jedes Einzelnen und der Gemeinschaft.

Der Staat hat darüber hinaus die Aufgabe durch die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen darauf Einfluss zu nehmen, dass die konsequente Integration Behinderter in alle Bereiche des Lebens und der Gesellschaft gewährleistet ist und Diskriminierungen beseitigt werden.

### **Was wir fordern**

## **Ausländische Mitbürger und Gäste**

### **Wofür wir stehen:**

Mit unserer Politik wollen wir das Recht der Österreicher auf Heimat, kulturelle Identität und Sicherheit gewährleisten.

Gleichzeitig ist jedoch eine gerechte und menschenwürdige Behandlung von Menschen nichtösterreichischer Herkunft, die sich bei uns aufhalten bzw. sich um ein Aufenthaltsrecht in unserem Land bemühen, sicherzustellen.

- **Asyl**

Als friedliches und wohlhabendes Land hat Österreich seiner Verpflichtung gegenüber Asylanten und Flüchtlingen nachzukommen, Sie verdienen unseren Schutz und unsere Hilfe. Dabei ist es Aufgabe des Staates, eine menschenwürdige Behandlung von Asylanten sicher zu stellen und für akzeptable Lebensumstände während ihres Aufenthalts zu sorgen.

### **Zuwanderung**

- 

Die Junge Volkspartei Steiermark bekennt sich zur kontrollierten Zuwanderung und Integration ausländischer Mitbürger in unsere Gesellschaft. Jedoch kann nicht jeder Ausländer, der den Aufenthalt in Österreich anstrebt, kann die Berechtigung dafür erhalten. Unbeschränkte Einwanderung zu Lasten der österreichischen Bevölkerung kann und darf es nicht geben. Deshalb muss die Politik sicherstellen, dass die Anzahl der Ausländer die Aufnahmefähigkeit des österreichischen Arbeitsmarktes, des Schulsystems und des regionalen Wohnungsmarktes nicht übersteigt. Die dazu notwendigen Verfahren sind unbedingt unter Beachtung der Menschenrechte und in der rechtsstaatlich einwandfreien Weise durchzuführen.

Illegale Einwanderung hingegen muss bekämpft und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Rechtsstaates unterbunden werden. Bei der Beschäftigung

von Ausländern ist den bereits legal in Österreich lebenden Personen der Vorzug gegenüber jenen zu geben, die erst nach Österreich kommen wollen.

- **Integration**

Wir bekennen uns zur aktiven Integration von langfristig und legal in Österreich lebenden Ausländern in unsere Gesellschaft. Sie stellen eine Bereicherung für unsere Gemeinschaft und unsere Kultur dar. Für das Gelingen einer aktiven Integration sind das friedliche Zusammenleben, die gegenseitige Achtung zwischen In- und Ausländern, die Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen und Religionen Grundvoraussetzungen. Integration erfordert aber auch Integrationswillen! Das Beherrschen unserer Landessprache, die Beachtung der Verfassung und unserer Gesetze, sowie der gesellschaftlichen Sitten und Gebräuche sind Grundbedingungen, die jeder Ausländer, der bei uns leben will, erfüllen muss. Tut er dies nicht hat er auch kein Recht bei uns zu leben!

Wir sprechen uns aber auch dafür aus, Inländer, die die Rechte von ausländischen Mitbürgern, Gästen und Asylanten nicht achten oder verletzen zu bestrafen!

Nur durch den Willen zum friedlichen Zusammenleben und zur gegenseitigen Achtung kann eine moderne Gesellschaft erfolgreich existieren.

### **Was wir fordern:**

#### **Kontrollierte Einbürgerung**

Hinsichtlich der Einbürgerung hat eine Selektion nach österreichischen Notwendigkeiten zwingend zu erfolgen. Basis sind hierfür wirtschaftliche, kulturelle, staatstragende oder sonstige unabdingbare und von einer unabhängigen Expertenkommission – bestehend aus Vertretern von Politik, Wirtschaft, Industrie und Kultur – überprüfte Interessen“

Zuwanderungskandidaten haben ihre Eignung zur österreichischen Identität unter Beweis zu stellen. Sie besitzen für mindestens 2 Jahre den Status des Zuwanderungskandidaten. Innerhalb dieser Zeit ist es nötig, entsprechende Befähigungen zu erwerben und nachzuweisen. Dazu zählen:

- 1) Deutschkenntnisse, die auch bei normaler Sprechweise eine alltagstaugliche Verständigung mit dem regionalen gesellschaftlichen Umfeld ermöglicht.
- 2) Kenntnisse in Staats- und Rechtskunde, die sich auf die Europäische Union und im Besonderen auf Österreich beziehen.
- 3) Ein ordentliches und sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis mit positiver Zukunftsprognose.

#### **Europäische Asylpolitik**

Asylwerberverfahren haben einheitlich und gemeinsam innerhalb der Europäischen Union geführt zu werden. Jedes Land hat hierzu seinen Beitrag zu leisten und dementsprechend ein zu definierendes Personenkontingent – das im Verhältnis zu seiner Leistungs- und Aufnahmefähigkeit steht - aufzunehmen. Es ist hierbei unerheblich, in welchem Mitgliedsland der Asylantrag gestellt wurde.

#### **Bessere Verteilung von Asylwerbern**

Asylwerber, welchen Österreich als Asylland zugewiesen wurde, sind gleichmäßig in alle Pfarrgemeinden Österreichs zu integrieren. Eine Konzentration auf die Hauptstädte ist strikt abzulehnen.“

### Abschiebung von straffälligen Asylwerbern

Straffälligen und rechtskräftig verurteilte Personen in Strafsachen – vor allem wenn sie für Körperdelikte verurteilt wurden - die entweder den Status eines ‚Asylwerbers‘ besitzen ist ihr Status in Österreich zu leben abzuspochen. Eine entsprechende Prüfung der Verhältnismäßigkeit ist durchzuführen. Im Falle von Familien – insbesondere mit Kindern – sind dementsprechende Milderungsgründe zum Wohle des Kindes einzubringen.

## **7. Soziale Sicherheit für alle!**

### **Soziale Gerechtigkeit leben!**

#### **Wofür wir stehen:**

##### Gerechtes und funktionierendes Sozialsystem

Zum Wesen unserer Gemeinschaft gehört es, diejenigen zu unterstützen, die nicht oder nur teilweise in der Lage sind, sich selbst zu helfen.

Eine moderne Sozialpolitik steht dabei im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verantwortung, von Leistungsbereitschaft und Solidarität.

Die explodierenden Kosten im Sozialbereich stellen die Politik vor die Herausforderung, die Aufgabenteilung zwischen staatlicher und privater Sozialverantwortung neu zu ordnen. Gerade im Hinblick auf künftige Generationen muss die Finanzierbarkeit unseres Sozialsystems nachhaltig gesichert werden. Es ist uns bewusst, dass eine Reform und Weiterentwicklung eines leistungsfähigen und gerechten Sozialsystems eine Aufgabe ist, die nicht durch eine einmalige Reform bewältigt werden kann. Vielmehr ist es Aufgabe jeder Generation, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Gegenwart und Zukunft Benachteiligte und Bedürftige geschützt und gefördert werden, ohne dabei die nachhaltige Finanzierbarkeit des Sozialsystems zu gefährden.

Für die Junge Volkspartei Steiermark setzt die Umsetzung des Prinzips der Sozialen Gerechtigkeit voraus, dass jeder Bürger und jede Bürgerin unseres Landes in Solidarsysteme eingebunden ist.

Wir sprechen uns aber auch deutlich gegen jede Form des sozialen Missbrauchs aus. Solidarische Unterstützung durch die Öffentliche Hand sollen all jene erhalten, die diese auch wirklich brauchen und nicht jene, die das Sozialsystem am besten auszunutzen wissen. Sozialer Missbrauch ist demnach zu verfolgen und zu unterbinden!

Besonderer Wert ist auch auf die Transparenz eines modernen Sozialsystems zu legen. Sozialleistungen müssen anhand klar nachvollziehbarer Kriterien erbracht werden, die dazu beitragen bei den Bürgerinnen und Bürgern ein Kostenbewusstsein für soziale Leistungen zu schaffen. Die Bereitstellung dieser Leistungen ist alleine von Seiten der öffentlichen Hand nicht möglich und auch nicht nötig. Wir bekennen uns deshalb zur Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Sozialeinrichtungen (NGOs) bei der Schaffung und der Erhaltung eines dichten und leistungsstarken Sozialnetzes. Die dadurch entstehende Angebotsvielfalt darf jedoch

nicht zu Lasten der Transparenz des Systems gehen, sondern soll ausschließlich dazu dienen, ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Angebot an sozialen Einrichtungen zu gewährleisten.

### Bekämpfung der Armut

Armut oder eine soziale Notlage sind für einen Menschen eine schwierige persönliche Lage. Ein starker Staat muss in einer solchen Situation helfen, damit jemand aus einer solchen Notlage schnell herauskommt. Diese Hilfe muss aber so gestaltet sein, dass der einzelne auch durch persönliche Anstrengung einen Beitrag leisten kann und muss. Ein arbeitsloses Grundeinkommen stellt im Gegensatz zu Mindestlöhnen durch Arbeit den Wert der Arbeit völlig in Frage. Es ist das falsche gesellschaftspolitische, wirtschaftspolitische und das falsche soziale Signal. Unsere Alternative ist die Unterstützung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich durch den Staat sowie eine stufenweise Harmonisierung der Sozialleistungen.

### Neuer Generationenvertrag

Durch die ständigen demografischen Veränderungen innerhalb unserer Bevölkerungsstruktur ist die Notwendigkeit deutlich geworden, den traditionellen Generationenvertrag zu überdenken und zu optimieren.

Im Sinne einer freien und selbstbestimmten Entscheidung und Selbstverantwortung soll die Möglichkeit, zwischen einem früheren Pensionsantritt mit finanziellen Abschlägen und einem späteren Pensionsantritt mit höheren Bezügen gegeben sein und ausgeweitet werden.

Darüber hinaus müssen im Sinne des Leistungsprinzips Anreize dafür geschaffen werden, länger im Arbeitsprozess zu verbleiben und einen späteren Pensionsantritt zu wählen.

Weiters sollen zur langfristigen Finanzierbarkeit des Systems und zur sozialen Absicherung der Leistungsempfänger, Anreize dafür geschaffen werden, neben der staatlichen Pensionsvorsorge auch die Möglichkeiten der betrieblichen und der privaten Pensionsvorsorge in Anspruch zu nehmen (3-Säulen-Prinzip)

Die junge Volkspartei begrüßt die in diese Richtung gesetzten Initiativen, ist sich jedoch auch der Tatsache bewusst, dass zur langfristigen und nachhaltigen Absicherung unseres Pensionssystems auch künftig Initiativen und Verbesserungen in diese Richtung notwendig sein werden.

### Was wir fordern:

#### Verstärkte Konzentration auf das 3-Säulen-Modell

Die Lebensstandardsicherung im Alter soll auf einer staatlichen, einer betrieblichen und einer privaten Säule beruhen.

Die staatliche Pension soll künftig vor allem die soziale Sicherheit garantieren.

Hier ist eine Gesamtmindestpension von 850 Euro für allein stehende

Pensionsberechtigte anzustreben, die aufgrund ausreichender Dauer ihrer Erwerbstätigkeit. Entsprechende Ansprüche erworben haben. Das

Mindesteinkommen – bestehend aus Pensionserträgen (für Bezieher mehrerer

Pensionen gilt der Gesamtbetrag), Zinserträgen aus Bankguthaben und Vermögen

sowie sonstige Erträge – muss mindestens 850 Euro pro Monat mit 14maliger Auszahlung pro Jahr betragen. Für Ehepartner, Lebensabschnittspartner sowie sonstige Verbindungen, die auf einen gemeinsamen Lebensmittelpunkt schließen lassen, ist eine gemeinsame Minimalgrenze von 1.200 Euro pro Monat, ebenfalls mit 14maliger Auszahlung pro Jahr, zu erreichen.

Für die Berechnung der Pensionshöhe ist die Lebenserwerbssumme heranzuziehen, da sie dem Leistungsgedanken entspricht, sowie Benachteiligungen aufgrund langer Ausbildungszeiten vermeidet.

Zur Absicherung des staatlichen Pensionssystems ist es notwendig, die Anzahl der Frührentenempfänger zu verringern. Im Sinne der Eigenverantwortlichkeit und der freien Entscheidungsfindung fordern wir deshalb, dass die Wahlmöglichkeiten beim Pensionsantrittsalter weiter liberalisiert werden. Durch ein Bonus-Malus System sollen zusätzliche Anreize dafür geschaffen werden, länger im Arbeitsprozess zu verbleiben.

Zusätzlich zur staatlichen Pension soll die Sicherung des Lebensstandards im Alter durch eine Betriebspension (Abfertigung Neu), sowie durch die private Pensionsvorsorge erfolgen.

Die Inanspruchnahme der privaten Pensionsvorsorge muss steuerlich weiter begünstigt werden. Wir fordern deshalb, vor allem jene Erwerbstätigen steuerlich zu begünstigen, die bereits sehr früh, also vor ihrem 25. Lebensjahr, eine private Pensionsvorsorge abschließen. Beim Abschluss zu einem späteren Zeitpunkt muss auch die Begünstigung entsprechend geringer ausfallen.

## **Leistungsfähiges Gesundheitssystem für alle!**

### **Wofür wir stehen:**

Gesundheit ist ein elementares Bedürfnis jedes Menschen.

Die enormen wissenschaftlichen Fortschritte in der Gesundheitsvorsorge und in der Medizin machen eine ständige Weiterentwicklung des österreichischen Gesundheitssystems notwendig.

Für die Junge Volkspartei ist es eine Grundvoraussetzung, dass der Zugang zu einer hochqualitativen medizinischen Versorgung für jeden – unabhängig von dessen sozialem Status, finanzieller Situation und seines Wohnorts – gewährleistet sein.

Besondere Schwerpunkte im Gesundheitssystem sind auf die Prävention, die gesundheitsbewusste Lebensführung und die persönliche Gesundheitsvorsorge zu legen. Dazu müssen im Versicherungssystem entsprechende Anreize (z.B. kostenlose Vorsorgeuntersuchungen) geschaffen werden.

Die Weiterentwicklung medizinischer Erkenntnisse und Behandlungsmethoden muss gezielt gefördert werden. Dabei sollen die Angebote der Alternativmedizin, Naturheilverfahren und Naturheilmittel eine sinnvolle Ergänzung zur „klassischen Schulmedizin“ sein.

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips soll die Aufgabenverteilung bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung eine besondere Rolle im Gesundheitssystem spielen. Im Zuge einer flächendeckenden

Gesundheitsversorgung soll die Pflege und Behandlung im gewohnten Umfeld, solange und so weit wie möglich sichergestellt werden. Dazu ist ein flächendeckendes Angebot an medizinischen Leistungen notwendig, soweit dies durch die mögliche Finanzierbarkeit zugelassen wird und sinnvoll ist.

### **Was wir fordern:**

#### Verstärkung des Vorsorge und Präventionsprinzips

Wir fordern eine bundesweite Gesundheitskampagne mit folgenden 5 Säulen ins Leben zu rufen:

- Klassische medizinische Vorsorge  
(Vorsorgeuntersuchungen sind frühzeitig und in allen Generationen, sozialen Schichten und Regionen zu bewerben und kostenlos durchzuführen)
- Gesunde Ernährung  
(Gezielte Erziehung in Richtung gesunder Ernährung bereits in vorschulischen Einrichtungen, zusätzliche Aufklärung aller Bevölkerungsschichten und -gruppen über Vorsorgeeffekte einer gesunden Lebensweise)
- Möglichkeiten und Motivation für ausreichend Bewegung  
(Bereits in vorschulischen und schulischen Einrichtung sind ausreichende Sport- und Bewegungsangebote zu forcieren, vermehrte Schaffung von Angeboten zur sportlichen Betätigung für die Bevölkerung)
- Stressvermeidung und Entspannung  
(Vermehrte Aufklärung über Methoden der Entspannung und Stressbewältigung in der Schule und am Arbeitsplatz)
- Unfallvermeidung  
(Zusätzliche Initiativen und Aufklärung zur Vermeidung von Unfällen am Arbeitsplatz, im Haushalt und in der Freizeit)

#### Schaffung eines Biotechnologie und Medizinclusters

Die biotechnische und medizinische Forschung ist weiter zu forcieren. Dazu notwendig sind entsprechende infrastrukturelle Rahmenbedingungen, sowie entsprechendes Personal mit einem hohen Ausbildungs- und Qualifikationslevels. Wir fordern deshalb die Schaffung bzw. den Ausbau eines Biotechnologie- und Medizinclusters in der Steiermark und die entsprechende Förderung dieses Vorhabens durch die öffentliche Hand.

#### Aufrechterhaltung der Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems

Reformen bei der Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems sind aus unserer Sicht unverzichtbar, um den hohen Standard bei der medizinischen Versorgung halten zu können.

Wir fordern deshalb die vermehrte Einführung von sozial gestaffelten Selbsthalten bei der medizinischen Versorgung. Darüber hinaus sind die Selbstbehalte auch nach der Lebensführung der Leistungsempfänger zu staffeln. Risikogruppen (z.B. Raucher) sollen höhere Selbstbehalte bezahlen, als Menschen, die ihren Beitrag zur persönlichen Gesundheitsvorsorge im Sinne einer gesunden Lebensführung leisten. Darüber hinaus fordern wir weitere Reformen in der Gesundheitsverwaltung, um die Verwaltungskosten zu senken. Die dabei gewonnenen finanziellen Ressourcen sollen dazu verwendet werden, die medizinische Versorgung zu sichern und auszubauen

## **Sucht muss bekämpft werden!**

### **Wofür wir stehen:**

Der Missbrauch von Alkohol und Drogen stellt eine der größten Gefahren für unsere Jugend dar!

Die Junge Volkspartei Steiermark spricht sich deshalb klar gegen jede Form des Alkohol- und Drogenmissbrauchs und damit auch gegen jede weitere Freigabe von Suchtmitteln aus.

Vielmehr setzen wir uns für die Ausweitung und massive Förderung von Projekten und Initiativen zur Suchtprävention ein.

Darüber hinaus treten wir für einen strengen Vollzug der bestehenden Gesetze und Verordnungen ein, die dafür geschaffen wurden, Jugendliche vor Alkohol und Drogen zu schützen. Dies schließt eine strikte Verfolgung und Bestrafung von Drogendealern ein.

Bei der Behandlung von Menschen mit Alkohol- und Drogenproblemen setzen wir uns dafür ein, dass eine Therapie über den Entzug hinausgehen und die Ursachen des Suchtproblems behandeln muss.

Zum Schutz unserer Generation vor Alkohol halten wir weiters die Einführung eines bundesweit einheitlichen Jugendschutzgesetzes für sinnvoll.

Neben der Problematik der Alkohol- und Drogensucht, ist die der Gesundheitsgefährdung durch Nikotinkonsum in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. Rauchen verursacht empfindliche Langzeitschäden für die Gesundheit junger Menschen. Wir sprechen uns deshalb für einen Präventionsschwerpunkt aus, der bereits in den Unterstufenschulklassen beginnen muss. Darüber hinaus sind vermehrte Maßnahmen über die gesundheitsschädlichen Folgen des Rauches, sowie über die Möglichkeiten der Raucherentwöhnung in der gesamten Bevölkerung zu setzen.

Neben den Suchterscheinungen der Alkohol- und Drogenproblematik stellt die Spielsucht einen weiteren Schwerpunkt im jugendlichen Suchtpräventionsprogramm dar. Es handelt sich hierbei um die Themenbereiche „Wettsucht – inkl. Sportwetten“, „Automatenspielsucht“ sowie sonstige Süchte im Bereich des Glücksspiels, die zu einem zwanghaften und nicht mehr selbstbestimmenden Verhalten führen.

### **Was wir fordern:**

#### **Suchtprävention an Schulen**

Die Suchtprävention ist offensiv im Rahmen der ‚Streetworker‘ zu führen und an die Schulen sowie in die Ausbildungsbetriebe zu tragen. Hierfür soll mindestens halbjährlich Zeit ein Schwerpunktthema zur Verfügung stehen, was anhand eines Seminars bzw. Ausflugs – sprich nicht im Frontalunterricht – erörtert und diskutiert wird.

#### **Bewerbung von Beratungsstellen**

Die Beratungsstellen für Suchtverhalten sind offensiv zu fördern und in ihrer Bekanntheit zu steigern. Zudem hat eine Imagekampagne stattzufinden, die das Image derartiger Stellen in der gesellschaftlichen und jugendlichen Wertvorstellung hebt und bereichert, sodass die Hemmschwelle, derartige Hilfe bzw. Beratung in Anspruch zu nehmen sinkt.

### Zweckgebundene Abgaben

Wir fordern eine zweckgebundene Abgabe auf alkoholische Getränke und Tabakwaren, durch die Präventions- und Entwöhnungsangebote finanziert werden sollen.

### Strengere Überwachung geltender Schutzbestimmungen

Bei der Abgabe von alkoholischen Getränken und Tabakwaren ist auf eine strengere Einhaltung der Gesetze zu achten. Wir fordern deshalb strengere Kontrollen, sowie härtere Strafen für Gaststätten und Trafikanten, die gegen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen verstoßen. Diese Strafen sollen bis zum Entzug der Gewerbeberechtigung gehen.

## **8. Die beste Bildung für alle!**

Bildung und Ausbildungen, die im Laufe des Lebens absolviert werden, sind von zentraler Bedeutung und beeinflussen die persönliche Entwicklung des Menschen. Daher sollte jeder Jugendliche in Österreich die Möglichkeit haben, die beste Ausbildung zu genießen.

Die Hauptaufgabe der Bildung ist die Wissensvermittlung, d.h. die Allgemeinbildung, sowie berufsrelevante Fähigkeiten unter Berücksichtigung der individuellen Entfaltung. Die Vermittlung von Demokratieverständnis und sozialer Kompetenz spielen eine ebenso wichtige Rolle. Darüber hinaus hat die Bildung auch den Auftrag die Entwicklung von Jugendlichen zu selbständigen, urteilsfähigen, verantwortungsbewussten und kritikfähigen Menschen zu unterstützen und zu fördern.

Die Verschiedenheit der Menschen, die sich in unterschiedlicher Begabung, Leistungsfähigkeit und Muttersprache ausdrückt erfordert eine entsprechende Anpassung des Bildungsangebotes.

Der Staat hat für wertebezogene Bildungsziele, für die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen der Bildungseinrichtungen, für ausreichend finanzielle Mittel und für professionell ausgebildete Lehrer zu sorgen.

Auch für den Bildungsprozess gilt das Leistungsprinzip – Jugendliche sollen auch in der Schule gefördert, aber nicht überfordert werden.

Das staatliche Bildungswesen muss nach den Prinzipien von Subsidiarität, Autonomie und Effizienz aufgebaut sein. Im Mittelpunkt steht die einzelne Bildungseinrichtung, die sich selbstverantwortlich die wissenschaftlichen, pädagogischen, personellen und finanziellen Ressourcen organisiert. Auch die Spezialisierung von höheren Schulen in Richtung eines spezifischen Fachgebietes zur optimalen Vorbereitung Jugendlicher auf den Arbeitsmarkt ist weiter voranzutreiben.

Bildung muss Chancengleichheit bieten. Hierzu ist ein offener leistungsbezogener Zugang zur Bildung sicherzustellen.

### **Lebensraum Schule**

#### **Wofür wir stehen:**

Die Schule muss ein Ort sein, an dem sich alle Beteiligten wohl fühlen. Jugendliche verbringen einen Großteil ihrer Zeit mit der Ausbildung und daher müssen auch die Rahmenbedingungen zufrieden stellend sein.

Für die Gestaltung einer optimalen Schule ist die Familie als erstem Ort der sozialen Bindung, Erziehung und Wertevermittlung von entscheidender Bedeutung. Aus diesem Grund muss die Bildungsverantwortung der Eltern für ihre Kinder weiter gestärkt werden. Dies bedeutet auch, dass Eltern in die schulische Gestaltung partnerschaftlich einzubinden sind.

### Vorschulische Einrichtungen

Kinderrippen, Kindergärten und andere vorschulische Einrichtungen sollen Kinder langsam an den Prozess des Lernens heranführen und sie auf den Schuleintritt vorbereiten. Dies gilt vor allem für das Erlernen der deutschen Sprache.

Darüber hinaus sollen vorschulische Einrichtungen Eltern bei der Erziehung bedarfsbezogen unterstützen, ergänzen und entlasten, jedoch keinesfalls ersetzen. Kindererziehung bleibt, bei allen Angeboten der Kinderbetreuung zur verbesserten Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitswelt, Hauptaufgabe der Familie und damit vor allem der Eltern.

### Schulen

Im Interesse der Kinder ist die möglichst freie Wahl der Schule sicherzustellen. Bei der Gestaltung der Schule ist eine weitgehende Autonomie anzustreben, um das partnerschaftliche Miteinander von Lernenden und Lehrenden zu fördern. Eine ideale Schule setzt ein hohes Lehrerethos, Zielklarheit, hohe Leistungserwartung, Methodenanpassung und Lernkontrolle, Zusammenhalt und Zusammenarbeit, sowie ein pädagogisches Profil und ein reiches Schulleben voraus.

Die Veränderungen in unserer Gesellschaft und in der Arbeitswelt setzen auch eine Weiterentwicklung der Lehrpläne voraus.

Dynamische Fähigkeiten und Schlüsselfertigkeiten müssen durch Erfahrungsaustausch in einem offenen, fächerübergreifenden Unterricht gefördert werden.

Lehrpläne können daher in Zukunft auch schlanker gestaltet werden können, Kern- und Erweiterungsziele enthalten, sowie auch Schwerpunktsetzungen an einzelnen Schulen (dies gilt vor allem für höherbildende Schulen) berücksichtigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass vor allem selbstständiges und selbstverantwortliches Lernen an Schulen gefördert wird, um Kinder und Jugendliche optimal auf den lebensbegleitenden Prozess des Lernens vorzubereiten.

### Lehrer

Mit der Entwicklung der Schule muss auch das Berufsbild der Lehrer weiterentwickelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine klare Aufgabenstellung und die dementsprechende verpflichtende Aus- und Weiterbildung der Lehrer, um den schulischen Anforderungen gerecht werden zu können.

### Schulentwicklung

Die Erarbeitung eigenständiger Schulprofile im Rahmen einer standortbezogenen Schulentwicklung ist weiter zu forcieren.

Um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse der einzelnen Schulen sicherzustellen, müssen allgemeine Qualitätsstandards vorgegeben und deren Einhaltung sichergestellt werden.

Auch die neuen Kommunikationsmedien sind verstärkt in die Unterrichtsgestaltung einzubauen, um Schülerinnen und Schüler schon frühzeitig an die Möglichkeiten und den Umgang mit modernen Kommunikationstechnologien heranzuführen.

Schularchitektur ist als „gebaute Pädagogik“ zu gestalten. Eine Schule muss ein Ort sein, an dem sich alle Schulpartner – Lehrer und Schüler – wohlfühlen und der optimale Lehr- und Lernverhältnisse ermöglicht.

Speziell die vermehrten Angebote der Nachmittagsbetreuung machen auch architektonische Veränderungen an Schulen notwendig.

### Lernende Organisationen

Schulen müssen künftig verstärkt als lehrende und lernende Organisationen verstanden werden, die in der Lage sind, sich individuell an die Bedürfnisse von Schülern, Gesellschaft und Arbeitsmarkt anzupassen. Dazu ist eine ständige Weiterentwicklung und die damit verbundene Evaluation der Schule als Ort der Wissens- und Erfahrungsvermittlung notwendig, um vor allem die qualitativen Standards einer „idealen Schule“ sicherzustellen.

### **Was wir fordern:**

#### Individueller Leistungsbericht

Einführung eines individuellen Leistungsberichtes als Frühwarnsystem bei drohender negativer Beurteilung. Etwaige Schwächen bei der bisher erbrachten Leistung des Schülers können somit partnerschaftlich zwischen Eltern, Schülern und Lehrern gezielt verbessert werden.

#### Neue Unterrichtsmethoden

Der Umgang mit den „Neuen Medien“ ist auch im Unterricht in allen Fächern zu integrieren.

- E- Learning: Die Schüler sollen ergänzend zum Regelunterricht die Möglichkeit bekommen, E- Learning-Systeme zur Vertiefung des Unterrichtsstoffs in Anspruch zu nehmen.
- Das Projekt ‚Laptopklassen‘ ist mit aller Möglichkeit finanziell und organisatorisch zu forcieren, sodass bis spätestens 2015 jede Schülerin und jeder Schüler ab dem 9. Schuljahr im österreichischen Schulsystem mit einem Laptop ausgestattet ist.
- Lehrerskripten: In Ergänzung zu Schulbüchern sollte jeder Lehrer ein Skriptum für sein Unterrichtsfach zusammenstellen. Dadurch werden eine gezieltere Vorbereitung auf Prüfungen, sowie Schwerpunktsetzungen im Unterricht möglich.

#### Schule und Wirtschaft

Eine stärkere Zusammenarbeit mit Betrieben und Firmen ermöglicht den Schülern einen ersten Einblick in die Arbeitswelt und Kontakte können geknüpft werden. Wir

fordern daher die Einführung von Praktikumstagen im Ausmaß von 3-5 Tagen während der Unterrichtszeit, die in der 10. und 11. Schulstufe absolviert werden und Orientierung für die weitere Berufswahl bieten sollen.

### Lernzielvereinbarung

Lernziele und die Wege zur Erreichung dieser Ziele sollten zu Beginn jedes Schuljahres bzw. jedes Semesters zwischen Lehrer und Schüler festgestellt werden. Der Lehrplan teilt sich in das Kerngebiet und den erweiterten Lehrplan. Jeder Lehrer sollte verpflichtet sein, zu Beginn des Schuljahres einen Jahresüberblick über die wichtigsten Themen zu geben. Durch die Vereinbarung der Lehrer mit den Schülern können gezielt Schwerpunkte gesetzt und Interessen erfragt werden. Der Kernstoff sollte tatsächlich nur auf das Wesentlichste reduziert werden und die Wünsche der Schüler sollten im Rahmen des erweiterten Lehrplanes stärker Berücksichtigung finden.

### Geschlechtersensibilisierung

Die völlige Gleichberechtigung von Mann und Frau ist in allen Bereichen der Gesellschaft das erklärte Ziel. Buben und Mädchen haben in vielen Bereichen oft andere Zugänge und andere Wahrnehmungen. Daher ist neben der völligen Gleichberechtigung auch die Geschlechtersensibilisierung wichtig. Dazu braucht es in erster Linie Lehrerinnen und Lehrer, die individuell und geschlechterspezifisch auf die Schülerinnen und Schüler eingehen.

### Schulpsychologe

Manche Lehrer nützen ihre Position um Druck auf Schüler auszuüben, das kann zu psychischer Belastung und Überforderung der Schüler führen. Wir fordern daher Psychologen und Berater an Schulen, die bei Meinungsverschiedenheiten oder Streit zur Seite stehen. Beratung vermindert Konfliktsituationen und entlastet alle Schulpartner.

### Deutsch- Kurse

Kinder mit nicht- deutscher Muttersprache sollen bereits bei Schuleintritt gute Deutschkenntnisse vorweisen können, damit sie den Unterricht besser folgen können. Vorschulische Kurse für Mädchen und Buben würden Kinder mit Sprachproblemen unterstützen. Mangelnde Deutschkenntnisse senken nicht nur die individuellen Chancen, sondern auch das Bildungsniveau ganzer Klassen. Die Devise muss daher jetzt lauten: Möglichst früh fördern!

### Nachhaltig Lernen

Statt Fakten sollen Kompetenzen gelehrt werden. Nicht kurzfristiges Lernen vor Schularbeiten soll weiterhin Unterrichtsschwerpunkt sein, sondern für jede Schulstufe müsste ein Katalog entwickelt werden, welche Fähigkeiten und Kenntnisse beherrscht werden sollten. Außerdem sollen nicht mehr Einzel- sondern „Flächenfächer“ den Stundenplan dominieren. Fächer wie Biologie und Physik

könnten in „Naturwissenschaft“ gebündelt werden. Nur so entsteht vernetztes Wissen!

### Schülersprechtage

In jeder Schule findet mindestens einmal jährlich ein Elternsprechtag statt, bei dem die Eltern die Möglichkeit haben, mit dem Lehrer ein klärendes Gespräch zu führen und über die schulischen Leistungen des Kindes zu reden. Die Junge ÖVP sieht es als zielführend die Schüler zu diesen Beratungsgesprächen hinzuzuziehen. Zusätzlich gibt es derzeit „Elternsprechstunden“, das heißt auch hier, dass Eltern in einer gewissen Zeit mit dem Lehrer sprechen können. Es wäre wünschenswert, wenn die Schüler ebenfalls die Möglichkeit bekommen, diese Termine wahrzunehmen, um mit dem Lehrer bei Fragen oder Problemen in Kontakt zu treten.

### Stärkung der Schulpartnerschaft

Der Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen inkl. der finanziellen Selbstverwaltung sollte stärkere Bedeutung beigemessen werden. Die Schulpartner sollen auch verstärkt die Entscheidungsträger in personeller und finanzieller Hinsicht werden. Der SGA soll künftig über die Einstellung und Weiterbeschäftigung von Lehrer und Direktor mitentscheiden können.

Analog zu den höherbildenden Schulen sollen auch in Hauptschulen ein SGA, zur Verbesserung der Schulpartnerschaft, eingerichtet werden. Weiters fordern wir einen Unterstufen- Sprecher in der AHS- Unterstufe.

### Verhaltensvereinbarungen

Im Moment können die Schülervertreter im SGA von den anderen beiden Kurien (Elternvertreter, Lehrervertreter) überstimmt werden. Die Entscheidung über Verhaltensvereinbarungen soll künftig von allen Schulpartnern getroffen werden, denn die Schüler sind auch die eigentlichen Betroffenen. Dies würde einer tatsächlichen Vereinbarung gleich kommen!

### Direktoren

Mehr Aufgaben und Entscheidungskompetenzen erfordern auch eine neue Form der Führung - die Schulleitung wird zum Schulmanagement. Die Schulpartner sollten als Entscheidungsträger bei der Personalauswahl fungieren und die Direktoren nur auf Zeit bestellt werden. Für die Junge ÖVP ist es vorstellbar, die Leitungsaufgaben des Direktors bzw. des Schulmanagers in zwei Bereiche zu teilen: Wirtschaftlicher Leiter und Pädagogischer Leiter. Dieser Ansatz ermöglicht die Konzentration sowohl auf den administrativen, sowie auf den pädagogischen Bereich.

### Schulprofil

Jede Schule soll individuelle Schwerpunkte setzen können und auf regionale Gegebenheiten eingehen können. Die Entscheidungskompetenz soll hierbei dem Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) zukommen. In Finnland ist bereits jetzt jede Schule verpflichtet- dem örtlichen Bedarf entsprechend- ihr eigenes Schulprofil zu entwerfen und zu realisieren.

### Lehrerausbildung

Die Qualität der Lehrer prägt die Qualität der Schule und der Bildung. Der Aus- und Weiterbildung der Lehrer kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu. Wir fordern daher, dass alle Lehrer- egal ob für Pflichtschulen oder für höhere Schulen- eine gemeinsame pädagogische Grundausbildung bekommen, die vor dem Beginn der Fachausbildung zu absolvieren ist.

Aufbau der Lehrerausbildung:

- Mehrstufiges Einstufungsverfahren: Psychologischer Eignungstest und praxisnahe Testing- Situation
- Pädagogische Grundausbildung: Massive Ausdehnung auf mindestens 2 Semester Pädagogik und Didaktik bevor die Fachausbildung beginnt.
- passives Praxissemester: In diesem Semester sollen die Kandidaten passiv am Schulunterricht teilnehmen und den Regellehrer nur assistieren um verschiedene Möglichkeiten der Didaktik und Intervention in der Praxis kennen zu lernen.
- Fachausbildung: Dieser Bereich soll im Vergleich zu früher eher reduziert werden, damit fertige Lehramtskandidaten in ihrer Ausbildung eher einen Schwerpunkt auf Pädagogik legen können.

Die einzelnen Ausbildungsformen (vom Kindergarten bis zur Uni) sollten besser aufeinander abgestimmt werden. Die Niveaus einzelner Unterrichtsfächer sind oft sehr unterschiedlich und daher würde ein durchgehendes System Standards garantieren.

### Verpflichtende Lehrerfortbildung

Um die Schulqualität aufrechtzuerhalten, bedarf es regelmäßiger Weiterbildung unserer Pädagogen. Die Fortbildung soll in der unterrichtsfreien Zeit erfolgen, damit für die Schüler der Unterricht garantiert ist.

### Bewerbung

Lehrer sollen sich künftig um eine Stelle an der Schule bewerben, denn es muss auch das Eigeninteresse der Schule sein, nur die besten Lehrer für den Unterricht zu verpflichten. Weiters sollte die Entscheidung für einen Lehrkörper nicht mehr beim Landesschulrat sondern bei den Schulpartnern liegen.

### Karriere für Lehrer

Künftig sollten Lehrer verstärkt Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten haben. Dazu ist ein „Job Rotation Modell“ für Lehrer notwendig: Übernehmen von administrativen

Aufgaben, Unterrichten für bestimmte Zeit an einer anderen Schule, Karriere in der Erwachsenenbildung. Die Lehrer haben dadurch die Möglichkeit unterschiedliche Bereiche kennen zu lernen und Erfahrungen zu sammeln.

Die Junge ÖVP fordert weiters die Umverteilung der Lebensverdienstsumme und damit höhere Einstiegsgehälter für Junglehrer, damit diese Geld zur Verfügung haben, wenn sie es dringend benötigen (Existenzgründung).

### Lehrerfeedback

Der Lehrer muss dem Schüler eine Rückmeldung seiner Leistung geben und auch ein Feedback für den Lehrer muss selbstverständlich werden. Das Feedback sollte anonym durchgeführt werden und sollte Grundlage für die leistungsorientierte Bezahlung der Lehrer darstellen.

### AHS- Kurssystem

Je mehr man an einem Thema interessiert ist, desto lieber und leichter lernt man. Daher ist für uns mehr Freiheit im Stundenplan und damit die Schaffung eines schulautonomen Kurssystems am Vorbild des Kurssystems der österreichischen Universitäten an höheren Schulen vorstellbar. Das Allgemeinwissen darf dabei aber nicht zu kurz kommen und daher wollen wir in der Oberstufe ein Kurssystem, das aus Basis- und Erweiterungsbereichen besteht. Der Lehrplan ist modular aufzugliedern und in voneinander unabhängigen Jahreskursen anzubieten. Voraussetzungen und Abhängigkeiten, welche die Absolvierung von Kursen voraussetzen, sind zu definieren und in einem Zeitabstand von jeweils 2 Jahren neu zu bewerten.

Im Falle einer negativen Leistungsbeurteilung sind ausschließlich jene Kurse zu wiederholen, in denen diese negative Leistungsbeurteilung gegeben ist.

Darüber hinaus fordern wir die Schaffung regionaler Schulkompetenzzentren, die auf Basis des bestehenden modularen Kurssystems spezifische Erweiterungs- und Spezialisierungskurse anbieten, welche auf freiwilliger Basis besucht werden können.

Zur verbesserten und billigeren Förderung von Schülerinnen und Schülern ist für uns weiters die Schaffung regionaler Förderungszentren denkbar, die auf Basis des bestehenden modularen Kurssystems spezifische Förderungskurse für leistungs- bzw. lernschwache Schülerinnen und Schüler anbieten, welche ebenfalls auf freiwilliger Basis besucht werden können.

### Handelsschule (HAS)

Das derzeitige System der Handelsschule entspricht nicht mehr den Anforderungen der modernen Arbeitswelt. Absolventen der HAS haben heute kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz. Daher sollte darüber nachgedacht werden, diesen Bildungsweg abzuschaffen und Schülern verstärkt das Angebot unterbreiten, die Matura zu absolvieren. Eine fundierte Ausbildung sichert auch die Chancen am Arbeitsmarkt.

### Nachmittagsbetreuung

Die JVP tritt dafür ein, freiwillige Nachmittagsbetreuung für Schüler im Alter von 6 – 14 Jahren anzubieten, die zusätzlichen Förderbedarf benötigen oder deren Eltern

Vollzeit beschäftigt sind. Am Nachmittag sollten betreute Lerngruppen eingerichtet werden und zusätzlich Raum und Zeit für Freizeitangebote geschaffen werden. Die Hausübungen werden im Rahmen der Nachmittagsbetreuung erledigt und Eltern und Kinder können die Freizeit der Erholung und dem Familienleben widmen.

Weiters bedarf es einer speziellen Aus- und Weiterbildung für Lehrer, da die Nachmittagsbetreuung spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten erfordert. Für uns ist es vorstellbar, dass Lehramtsstudenten im Rahmen ihrer Ausbildung für Nachmittagsbetreuung eingesetzt werden, um hier wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

Die derzeitige Bestimmung sieht vor, dass die Anmeldung zur Nachmittagsbetreuung für ein ganzes Schuljahr erfolgt. Wir fordern daher, dass Schüler und Eltern die Möglichkeit erhalten, jedes Semester eine neue Entscheidung zu treffen, abhängig von der jeweiligen Lebenssituation und vom Bedarf. Die Nachmittagsbetreuung soll eine echte Wahlfreiheit darstellen!

### Förderung von Schülerzeitungen

Jede weiterbildende Schule ist – nach Möglichkeit - mit dem Medium einer Schülerzeitung auszustatten. Diese Schülerzeitung, die in ihrer Gestaltung einzig und allein von den Schülerinnen und Schülern verwirklicht wird, soll das selbstverantwortliche Engagement von Schülern fördern und eine kritische Reflektion mit der Schule, aber auch mit allen sonstigen Themen, ermöglichen. Diese Schülerzeitung ist finanziell zu unterstützen – zumindest die Druckkosten sind zu übernehmen.

## **Universitäten und Fachhochschulen**

### **Wofür wir stehen:**

Die junge Volkspartei bekennt sich zum „dualen“ akademischen Ausbildungssystem von Universitäten und Fachhochschulen. Beide Formen der akademischen Ausbildung sollen dazu beitragen, dass Jugendliche neueste wissenschaftliche Erkenntnisse erwerben, die sie auf ihre spätere Berufslaufbahn vorbereiten. Durch die unterschiedlichen Schwerpunkte von Fachhochschulen und Universitäten bilden diese zwei wichtige Säulen der Ausbildung, die einander ergänzen und nicht konkurrenzieren.

### Fachhochschulen

Aufgabe der Fachhochschulen muss es sein, wissenschaftliches Grundwissen und praktisches Lernen wirtschaftsnahe zu vermitteln. Sie stellen damit eine besonders praxisnahe Vorbereitung für das Berufsleben dar, ohne dabei den akademischen Anspruch der Ausbildung zu vernachlässigen.

### Universitäten

Aufgabe der Universitäten muss es sein, den Studierenden die Möglichkeit zu geben, in selbstständiger Arbeit eine qualifizierte wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung zu erwerben.

Darüber hinaus ist die Universität auch Ort des Forschens und der Wissenschaft.

Gerade im europäischen Kontext und dem zunehmenden Wettbewerb der europäischen Wirtschaftsstandorte ist es wichtig, auf den Bereich der Forschung einen besonderen Schwerpunkt zu legen.

Durch ihre Forschungsaktivitäten leisten Universitäten einen wesentlichen Beitrag dazu, Österreich zu einem leistungsfähigen und attraktiven Wirtschaftsstandort zu machen.

### Entwicklung von Universitäten und Fachhochschulen

Um unseren Studierenden die bestmögliche Ausbildung an Universitäten und Fachhochschulen zu ermöglichen, hat der Staat die Aufgabe unsere Bildungseinrichtungen mit den notwendigen Ressourcen auszustatten.

Um hier die bestmögliche Versorgung sicherzustellen, ist aber auch die Inanspruchnahme alternativer Finanzierungsquellen (Sponsoren, Kooperationen mit der Wirtschaft, Selbstbehalte) anzustreben. Die finanzielle Belastung für die Studierenden ist hier jedoch in Grenzen zu halten und für sozial schlechter gestellte Jugendliche durch die öffentliche Hand abzufedern. Bei der Einführung von Selbsthalten ist auch darauf zu achten, dass sich die Bildungseinrichtung im Sinne des Leistungsprinzips gegenüber den Studierenden verpflichtet, optimale Studienbedingungen zu garantieren. Der Staat als Gesetzgeber hat in diesem Fall für die Einhaltung dieser Verpflichtung zu sorgen.

Für die Junge Volkspartei ist es eine Grundvoraussetzung, dass Bildungseinrichtungen bei ihrer Entwicklung und Gestaltung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips größtmögliche Freiheit und Selbstbestimmung erhalten. Wir bekennen uns deshalb zur Autonomie und Selbstverwaltung von Universitäten und Fachhochschulen. Zur Sicherung der Qualität von Lehre und Forschung muss es jedoch allgemein gültige Qualitätsstandards geben, deren Einhaltung überprüft und evaluiert werden muss.

Wie die Schule, sind auch Universitäten und Fachhochschulen als lernende Organisationen zu verstehen, die danach streben müssen, sich ständig qualitativ weiterzuentwickeln und sich den Bedürfnissen von Studierenden, Gesellschaft, Wissenschaft, Forschung und Arbeitswelt anzupassen.

### **Was wir fordern:**

#### Transparenz bei Studienbeiträgen.

Wir fordern, dass die Studienbeiträge ausschließlich und zweckgebunden für eine Erhöhung des Service für Studierenden eingesetzt werden. Transparenz bei der Verwendung der Studienbeiträge soll sichergestellt werden und die Studierenden sollen verstärkt die Möglichkeit erhalten, bei der Verwendung der Studienbeiträge mit zu entscheiden. Wer zahlt, muss auch wie ein Kunde behandelt werden und soll jene Arbeitsumstände vorfinden, die zu einem raschen Studienabschluss führen.

#### Garantie.

Es soll garantiert werden, das Studium in Mindeststudiendauer absolvieren zu können. Gleichzeitig stehen wir dafür ein, dass die Studienbeiträge für jene Studierenden retourniert werden, denen es aufgrund struktureller Defizite der Universität nicht ermöglicht wurde, in Mindestzeit zu studieren.

#### Gerechtes Gehaltsschema.

Wir treten für eine gesetzliche Gleichstellung des FH- Abschlusses mit einem Universitätsabschluss im öffentlichen Dienst ein und fordern eine verwendungsorientierte Entlohnung.

#### Praxisnähe

Wir treten dafür ein, dass auch die Anstalten der Vermittlung höchsten Wissens jene Inhalte, die in ihren Studienrichtungen gelehrt werden, auf ihre Praxisnähe hin überprüfen und etwaige Änderungen im Lehrplan vornehmen, um die Praxisnähe der wissenschaftlichen Ausbildung zu erhöhen.

#### Leistungsvereinbarungen.

Wir treten für die raschestmögliche Einführung von Leistungsvereinbarungen zwischen Universitäten und Bund ein. Diese beinhalten die Leistungsverpflichtungen der Universitäten sowie des Bundes und stellen damit das zentrale Mittel für die Steuerung der autonomen Universitäten und die Grundlage für eine sachgerechte Finanzierung der Universitäten durch den Bund dar.

## Universitätszugang

Eine Einführung des Numerus Clausus wird von uns abgelehnt, da Noten im Abschlusszeugnis kein objektiv vergleichbares Kriterium für die Zuerkennung eines Studienplatzes darstellen.

EU weite Probleme des Uni- Zugangs sollen auch auf europäischer Ebene diskutiert und gelöst werden. Die Kommission soll die österreichischen Behörden unterstützen, eine nicht- diskriminierende Lösung in der Frage des Uni- Zugangs zu finden. Natürlich soll die Internationalisierung der Hochschulen erhalten bleiben. Es braucht aber eine europäische Lösung, die das System der Mobilität der Studenten nicht beeinträchtigt, die Überforderung mancher Staaten aber vermeidet.

## Bildungskonto für alle Jugendlichen.

In Folge des Ansturms deutscher Studenten könnten österreichische Studierende zu kurz kommen. Es besteht die Gefahr, dass sie auf ein anderes Fach ausweichen müssen oder überhaupt auf eine Uni- Laufbahn verzichten müssen. Wir fordern, die Kosten für einen Studienplatz transparent und öffentlich zu machen. Als Lösungsvorschlag regen wir an, ein „Bildungskonto“ für österreichische Studierende ins Leben zu rufen, mit dem sie die anfallenden Kosten für das Studium begleichen können. Weiters möchten wir festhalten, dass das „Bildungskonto“ dann gerechterweise nicht nur allen Studierenden zur Verfügung stehen darf, sondern auch andere Ausbildungseinrichtungen damit finanziert werden sollen, z.B. Fachhochschulen, Kollegs, Lehre und Matura (Berufsreifeprüfung), Matura im 2. Bildungsweg sowie berufsbegleitende Ausbildungen. Jeder Jugendliche soll so vom Staat individuell auf seinem Bildungsweg gerecht und gleich unterstützt werden. Studierende aus dem Ausland hätten den vollen Betrag der Ausbildung selbst zu finanzieren.

## Verbessertes Service für Studierende

### Mitsprache der Studierenden.

Die Junge ÖVP tritt für eine verstärkte Mitsprache der Studierenden ein. Wir sind für eine Drittel- Parität auf höchster Ebene, damit die Studierenden eine tatsächliche Mitsprache erfahren und das Verhältnis Professoren- Assistenten- Studierende gerecht und fair verteilt ist.

### Schlichtungsstelle für Studierende.

Wir fordern die Einrichtung einer Schlichtungsstelle an der Universität, die für die Studierenden als Anlaufstelle zur Verfügung steht und sich aus einem Vertreter der Universität und einem Vertreter der ÖH zusammensetzt. Dadurch können Probleme schneller und unbürokratischer erledigt werden.

### Teilzeitstudium.

Wir fordern die Einführung eines Teilzeitstudiums zur besseren Koordination von Beruf und Studium für Berufstätige. Im Rahmen des Teilzeitstudiums werden die Hälfte der ECTS- Punkte pro Semester absolviert und auch nur die Hälfte der Studiengebühren bezahlt. Die Entscheidung dazu muss vor dem Beginn jedes Semester getroffen werden.

### Service für Berufstätige.

Zusätzlich fordern wir ein spezielles Service für berufstätige Studierende. Institute sollen an einigen Tagen der Woche längere Öffnungszeiten anbieten, damit die Studierenden organisatorische Dinge erledigen können. Weiters sollte jede Universität Lehrveranstaltungen am Abend und am Wochenende anbieten, die speziell für Berufstätige vorgesehen sind.

### Studieren im Sommer.

Wir fordern, dass die Universitäten das ganze Jahr geöffnet sein sollen und Lehrveranstaltungen 12 Monate pro Jahr angeboten werden.

### Fernuniversitäten

Wir treten für die Schaffung einer österreichischen Fernlernuniversität ein. Im Rahmen von Multi-Media-Sessions können Lehrveranstaltungen von zu Hause absolviert werden, Übungen gemacht bzw. Hausarbeiten erledigt werden. Prüfungen und Klausuren sollten an Fernlehrzentren absolviert werden können. Klarerweise eignen sich nicht alle Studien dazu, im Rahmen einer Fernuniversität studiert zu werden, für manche im Besonderen geisteswissenschaftliche Studienrichtungen hingegen sehr gut.

### Internationale Ausrichtung

#### Internationale Anerkennung

Die europäische Union bietet heute vielen jungen Menschen die Möglichkeit, in anderen europäischen Ländern zu studieren oder ein Auslandssemester zu besuchen. Es gilt, die weltweite Anerkennung der akademischen Ausbildungen zu gewährleisten. Deshalb muss der Zugang zu Aus- und Fortbildungsangeboten erleichtert und Anerkennungshemmnisse endgültig abgebaut werden. Darunter fällt auch der Ausbau des Informationsbereichs, damit Jugendliche schneller und effizienter ihre Chancen in Europa wahrnehmen können.

### Transparenz.

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die ECTS- Punkte eine Möglichkeit darstellen, Studien international anrechnen zu lassen. Uns erscheint es allerdings wichtig, dass die ECTS- Punkte den tatsächlichen Arbeitsaufwand widerspiegeln und nicht nur die Stundenzahlen umgerechnet werden.

### Europäischer Hochschulraum.

Die Fachhochschulen sind Teil des Europäischen Hochschulraumes. Wie die Universitäten unterstützen die Fachhochschulen die akademische Mobilität der Studierenden. Rund ein Drittel der Studierenden absolviert dzt. einen Auslandsaufenthalt. Mit der Bologna- Erklärung wurden die Rahmenbedingungen zur Internationalisierung verbessert. Um die Herausforderungen des Europäischen Hochschulraumes bewältigen zu können, sind weitere Entwicklungen im Bereich Internationalisierung notwendig. Verstärkte Aktivitäten bei der Entwicklung von Internationalisierungsstrategien, bei der Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und im Aufbau von internationalen Netzwerken sollten wesentliche Zielsetzung sein.

## **Kollegs und Universitätslehrgänge**

### **Wofür wir stehen:**

Kollegs und Universitätslehrgänge stellen eine wichtige Erweiterung und Ergänzung der Bildungslandschaft in Österreich dar. Durch die verkürzte Dauer und ihren Praxisbezug, bereiten sie Jugendliche auf einen direkten Einstieg ins Berufsleben vor und erweitern dadurch die Wahlmöglichkeiten der Jugend nach der Matura.

### **Was wir fordern:**

Die Junge Volkspartei Steiermark setzt sich deshalb dafür ein, Kollegs und Universitätslehrgänge als „fixe dritte Säule“ der Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche ab 18 Jahren zu etablieren und ihnen damit auch den entsprechenden Stellenwert in Öffentlichkeit, Wirtschaft und Arbeitsmarkt einzuräumen. Dies schließt auch die entsprechende Information im Rahmen der Berufsorientierung und Berufsinformation mit ein.

## **Weiterbildung als lebensbegleitender Lernprozess**

### **Wofür wir stehen:**

Österreich wird auf Dauer nur dann als Wirtschaftsstandort attraktiv bleiben, wenn wir über die besten Köpfe und die Qualifiziertesten Mitarbeiter verfügen. Die schnelle Weiterentwicklung des Wissens und der Technologie, sowie die damit verbundenen Veränderungen in der Arbeitswelt machen deutlich, wie wichtig ständiges und damit lebensbegleitendes Lernen heutzutage ist. Laufende Weiterbildung ist speziell für die junge Generation eine Grundvoraussetzung für den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Wohlstand und sozialer Sicherheit. Aus diesem Grund spricht sich die Junge Volkspartei Steiermark dafür aus, dass lebenslanges und lebensbegleitendes lernen gefordert und massiv gefördert wird. Die dazu notwendigen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sind von der öffentlichen Hand sicherzustellen. Die dazu notwendige (Lebens)Einstellung zu vermitteln, ist vor allem Aufgabe der Familie, aber auch der schulischen Erziehung, die von beiden Seiten eingefordert werden muss.

### **Was wir fordern:**

#### **Weiterbildungskonto für alle**

Die Junge Volkspartei Steiermark fordert die Schaffung eines Förderungsfonds durch das Land Steiermark, der von allen steirischen Jugendlichen für Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung in Anspruch genommen werden kann. Weiterbildung und der Erwerb von (Zusatz)Qualifikationen sollen in einem Ausmaß von bis zu 50% der anfallenden Kosten (maximal jedoch € 1500.-) gefördert werden.

## 9. Ein starkes Europa mit österreichischem Herz!

### Wofür wir stehen:

Die Junge Volkspartei Steiermark bekennt sich zur Europäischen Union und zum Prozess der europäischen Einigung, an dessen Wiege christliche Motive standen, die auch für eine erfolgreiche Fortsetzung essentiell sind. Bei allen zukünftigen Entwicklungen der Europäischen Union betrachten wir jedes Mitgliedsland als gleichberechtigten Partner Österreichs.

Unser Land sollte anstreben, durch Bildungsprogramme, Interessenbündelung und konzertierte Maßnahmen verstärkte Kooperation zwischen den Ländern Mitteleuropas, die nicht nur die geografische Lage, sondern auch die im Vergleich mittlere Größe eint, zu ermöglichen.

Die Grenzen des Kontinents werden in den kommenden Jahrzehnten anhand des Kriteriums, wie weit europäische Werte wie Gemeinschaftsverantwortung, Personalität, Menschenwürde, Nachhaltigkeit, Solidarität, Subsidiarität, Weltoffenheit und Wertorientierung reichen, zu definieren sein.

### Die Rolle Europas

In der Triade zwischen Amerika und Asien kann nur Europa aufgrund seiner Geschichte, seiner Werte und seiner entwickelten Gesellschaften die Rolle des Verfechters von Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung einnehmen.

Nachhaltigkeit steht für Handeln mit überzeitlicher Perspektive – also stets mit Blick darauf, Ressourcen und Chancen für die nachfolgenden Generationen zu gewährleisten. Globale Verantwortung erwächst aus dem Bewusstsein, dass Freiheit, Friede und Wohlstand für die eine gesamte Welt und nicht nur für Teile von ihr angestrebt werden müssen. Um dieser ihm zufallenden Rolle gerecht werden zu können, muss Europa lernen, mit einer Stimme zu sprechen und Vergebung als Prinzip zur Lösung historischer Konflikte anzuerkennen und anzuwenden. Das heißt auch, dass Regionen und Nationalstaaten Kompetenzen abgeben und gemeinschaftliche Entscheidungen solidarisch mittragen müssen. Nach innen ist diese Geschlossenheit Grundvoraussetzung für einen weiterhin erfolgreichen Weg der Vereinigung. Nach außen ist sie unabdingbar, um in der o.g. Triade anerkannt zu werden. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist ein logisch notwendiger Baustein auf dem Weg des Integrationsprozesses. Österreich, dessen heimische Sicherheitspolitik seit Jahrzehnten von allerlei Irrationalitäten belastet ist, hat die Chance, im Weg der Beteiligung an einem europäischen Sicherheitsbündnis die Einstellung zur eigenen Sicherheit zu normalisieren.

### Identifikation mit Europa

Angesichts der sich ständig ändernden politischen Herausforderungen ist es umso wichtiger, die Menschen in Europa ausreichend und objektiv zu informieren und sie so gut wie möglich an den Entwicklungen teilhaben zu lassen. Dies mit dem Ziel, die Identifikation der Bürger mit Europa zu stärken und eine gemeinsame europäische Identität im Sinne einer stabilen Interessens- und Wertegemeinschaft heranzubilden. Auf lange Sicht wird die europäische Vereinigung nur gelingen, wenn Europa Herzen und Köpfe der Bürger erreicht. Beständige und konstruktive Informationspolitik seitens der Politik aber auch der Medien und anderer öffentlichkeitswirksamer Institutionen und Persönlichkeiten ist daher dringend geboten. Im Sinne der initiativen Eigen- und Nächstenverantwortung sind die Partizipationsmöglichkeiten

auszubauen und zur tieferen Identifikation der Bürger mit der Europäischen Union zu stärken.

### Österreichs Rolle in Europa

Österreich ist durch seine lange geschichtliche Tradition und seine zentrale geografischen Lage dazu aufgefordert, einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Integration zu leisten. Dazu gehört die o.g. Intensivierung der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, die Förderung von Kontakten und ein ständiger Informations- und Erfahrungsaustausch. In diesem Sinne ist es auch notwendig, Europa in der Vielfalt seiner Regionen anzuerkennen, die gemeinsame Interessen teilen und ihre Anliegen gemeinschaftlich vertreten sollen. Das Prinzip der Subsidiarität ist in der Kompetenzaufteilung zwischen Kommunen, Regionen, Ländern und europäischen Institutionen stärker als bisher zu verankern. Das ist ein wichtiger Anspruch an eine zukünftige EU-Verfassung.

### Was wir fordern:

#### Europa der Jugend

Die künftige Gestaltung der Europäischen Union liegt vor allem in den Händen der Jugend. Darum ist ein starkes Gehör für Jugendanliegen auch im Europäischen Parlament wichtig.

Wir fordern deshalb die Einrichtung eines eigenen Ausschusses für Jugendangelegenheiten auf europäischer Ebene, um die EU-Gesetzgebung besser auf ihre Jugendverträglichkeit hin prüfen zu können. Partizipation Jugendlicher am politischen Entscheidungsprozess darf nicht bei den nationalstaatlichen Grenzen enden!

#### Frieden und Sicherheit in Europa

Wir leben in unruhigen Zeiten mit vielen Krisenherden. Innerhalb der Grenzen der Europäischen Union hat es seit Gründung der Gemeinschaft noch nie Kriege gegeben. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Allerdings gibt es auch Gefahren, die diesen Frieden stören können und auf die wir gemeinsam reagieren müssen. Daher fordern wir, dass die Bestrebungen der europaweiten Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität, Drogenhandel, Menschenhandel und illegaler Einwanderung verstärkt werden.

#### Europaweite Nachhaltigkeit

Umweltschutz, sowie der sorgfältige und nachhaltige Umgang mit vorhandenen Ressourcen sind keine nationalstaatliche Angelegenheit mehr. Denn Luft-, Wasser und Bodenverschmutzung machen nicht an den Grenzen halt. Wir Jungen werden daher gemeinsam in Europa für die Sicherung und Erhaltung unserer Umwelt und Artenvielfalt eintreten. Wir fordern Europa auf, die öko-soziale Marktwirtschaft in der Verfassung zu verankern. Wir wollen ein starkes Europa, das den heutigen und künftigen Generationen ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum, mehr und hochwertige Arbeitsplätze und eine intakte Umwelt sichert. Nachhaltiges Verhalten soll sich künftig rechnen – für Unternehmen wie für Konsumenten. Entscheidend ist, dass steuerliche Lenkungseffekte die richtigen Anreize für einen schonenden Energie- und Ressourcenverbrauch setzen und gleichzeitig den Faktor Arbeit entlasten. Die dafür notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen sind vom Europäischen Parlament zu erarbeiten und zu beschließen.

#### Europaweite Bildungschancen

Wir wollen Mobilität sichern. Deshalb muss der Zugang zu Aus- und Fortbildungsangeboten erleichtert und Anerkennungshemmnisse endgültig abgebaut werden. Darunter fällt auch der Ausbau des Informationsbereichs, damit Jugendliche schneller und effizienter ihre Chancen in Europa wahrnehmen können.

#### Sprachliche Barrieren abbauen

Das vereinte Europa stellt für Österreich eine historische Chance und gleichzeitig eine große Herausforderung dar. Es öffnet sich ein neuer Markt mit großem Wachstumspotential und Österreich rückt geographisch in das Zentrum der EU. Um die Chancen, die sich durch die Erweiterung speziell in den Bereichen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ergeben, optimal nutzen zu können, ist eine einwandfreie Verständigung eine Grundbedingung. Die momentanen Weiterbildungsangebote im Bereich der Sprachen sind besonders in den an unsere Nachbarländer angrenzenden Bezirken kaum vorhanden.

Die JVP Steiermark fordert daher, dass entsprechende Initiativen zur Erweiterung des Sprachenangebotes im Bildungsbereich ins Leben gerufen werden. Vor allem an den Schulen sind vermehrt Kurse zum Erlernen der Sprachen unserer Nachbarländer anzubieten.

#### Neue Spesenregelungen für Abgeordnete

Wir fordern eine neue, gerechte und transparente Spesenregelung für EU Abgeordnete: Reisekostensätze, insbesondere Flugkosten, sollen nur für nachgewiesenen Aufwand und aufgrund von Belegen geleistet werden. Taggelder sollen nur bei tatsächlicher Anwesenheit bei offiziellen Sitzungen bzw. im Rahmen der parlamentarischen Arbeit bezahlt werden.